

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Veltage Die Neue Welt: Robert Albert, Magdeburg. Verantwortlich für die Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Reiche, Magdeburg. Geschäftsstelle: Sotofstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 861. — Prämumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljahr (inkl. Frachtlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 86 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk. 2 Exempl. 2.80 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. (inkl. Frachtlohn) 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anfertigungsgebühr: die Leihgebühren-Beitragte 15 Pf. Wochensatzung: Seite 864.

Nr. 263.

Magdeburg, Dienstag den 8. November 1904.

15. Jahrgang.

Demokratie und Militarismus.

Das Ministerium Combes ist, wie unsere Leser wissen, siegreich aus der Kammerkchacht hervorgegangen, denn um dieses handelte es sich am letzten Freitag, nicht nur um den Kriegsminister Andree. Die Aufregung war schon in den der Sitzung vorausgegangenen Tagen eine ungeheure; die Verhandlungen über den englisch-französischen Vertrag, die am Donnerstag stattfanden, wurden vor leeren Bänken geführt, die Deputierten befanden sich in den Couloirs und besprachen die kommenden Ereignisse.

Die nationalisistisch-kerikale Opposition hatte diesmal ein sehr geeignetes Mittel gewählt, die Regierung zum Sturz zu bringen. Mit der moralischen Entrüstung läßt sich in der bürgerlichen Politik immer gut operieren und leicht Erfolg erzielen. Die Tatsachen sind bekannt. Andree hatte, als er an die Spitze der Heeresverwaltung trat, seine eignen Untergebenen, die Generale, überhaupt so ziemlich das ganze Offizierkorps gegen sich. Das Heer war von dem republikanischen Geist unberührt geblieben; die kerikal-monarchistischen Cliquen führten hier die Herrschaft und entschieden über die Beförderung der Offiziere. Die als republikanisch „verdächtigen“ Offiziere waren von dem Avancement so gut wie ausgeschlossen. Ein Uebervachungs- und Spitzel-System, gegen das die vom Kriegsminister Andree geübten Methoden das reinste Kinderpiel sind, hat jahrelang in der französischen Armee geherrscht. Eine solche, von den Abkömmlingen der altadligen Geschlechter geleiteten Armee bildete eine ständige Gefahr für die Republik, wie die verschiedenen Vorkommnisse, z. B. der Boulanger-Affäre, der blindwütige-Sack gegen Dreux, den man durch die schürkstischen Fälschungen zu verderben trachtete, zur Genüge beweisen. Und noch vor ganz kurzer Zeit, als es sich darum handelte, die Kongregationisten der Bretagne zur Anerkennung der Gejeze zu zwingen, haben sich Offiziere vielfach widersetzt, die diesbezüglichen Befehle zur Ausführung zu bringen. Vom Kriegsgericht wurden diese gut katholischen Offiziere in den meisten Fällen freigesprochen, weil sie gegen ihr Gewissen nicht hätten handeln können. Man hat aber nie davon gehört, daß dieselben Herren gegen streikende Arbeiter nicht marschiert wären.

Die Armee zu einem demokratischen Gebilde zu machen, zu einer republikanischen Institution, war das durchaus berechtigte Ziel Andrees. Zunächst mußte den als republikanisch bekannten und deshalb von jeder zurückgesetzten Offizieren zu ihrem Recht verholfen werden. Von den Korpskommandanten erhielt der Kriegsminister keine genügenden Auskünfte und er suchte seine Informationen auf andern, außerdienstlichen Wege zu vervollständigen. Hier mögen die Beauftragten des Kriegsministers, namentlich der Hauptmann Molin, wohl zu weit gegangen sein, aber diejenigen, die sich jetzt darüber beschweren, treiben ekelhafte Heuchelei, denn sie haben selbst lange Jahre weit Schlimmeres geübt. Die Entrüstung ist denn auch nicht ernst gemeint, und wenn die kerikal-nationalistische Opposition heute ans Ruder kommt, würde sie noch weit schlimmer als früher ihre Günstlingswirtschaft betreiben. Es galt Andree, es galt die ganze Regierung zu stürzen, wie man vor kurzem mit Pelletan, dem Marineminister, zugleich das Kabinett Combes zu Fall bringen wollte. Mit Combes' Fall aber würden auch alle jene kirchenpolitischen Reformgesetze in der Versenkung verschwinden, denn jedes Ministerium der siegreichen Opposition müßte seinen Stützpunkt im Zentrum bei den „gemäßigten“ Republikanern Melmeischer Richtung und weiter nach rechts bei den Nationalisten suchen.

Der neueste Anschlag gegen das Ministerium mußte daher im Interesse der weiteren Entwicklung zur Demokratie verhindert werden, und es ist nicht zum mindesten das Verdienst Faures' mit, der in der Woche, die zwischen den beiden denkwürdigen Tagen liegt, nicht aufgehört hat, das republikanische Gewissen zu schärfen und die Deputierten des Blocks aufzurufen, von der Defensiv zur Offensiv überzugehen.

Ueber den Verlauf der Kammerkchung haben wir in der letzten Nummer gedrängt berichtet, das Endergebnis war die Annahme eines Vertrauensvotums für die Regierung mit 343 gegen 236 Stimmen. Die einfache Tagesordnung, welche Combes nicht anzunehmen erklärt hatte, war nur mit zwei Stimmen Mehrheit abgelehnt worden. Dieses Resultat wurde von der Rechten mit großem Jubel aufgenommen; die Tagesordnung Viviani-Martin, für welche das Kabinett die Priorität verlangt hatte, erhielt nur eine Mehrheit von 9 Stimmen. Da kam der feige hinterlistige Angriff des nationalisistischen Deputierten Sybeton, der

den Kriegsminister hinterücks überließ, und ihm zwei Schläge ins Gesicht versetzte. Hierauf erfolgte die Abstimmung über das Vertrauensvotum, wobei die Regierung eine Mehrheit von 107 Stimmen erhielt, eine Majorität, wie sie die vielgehaßte Regierung Combes noch nie zu verzeichnen hatte. Daß die feige Lat Sybetons zu diesem Resultat wesentlich beigetragen hat, läßt sich nicht bestreiten. Daß sich entschiedene Gegner des jetzigen Ministeriums dadurch hätten soweit beeinflussen lassen, nun für dasselbe zu stimmen, ist zwar ausgeschlossen, aber auf schwankende Elemente aus den Reihen der Republikaner wird der brutale Ueberfall die heilsame Wirkung gehabt haben, ihnen zum Bewußtsein zu bringen, welch Schicksal dem französischen Volk wartet, wenn die Freunde des Kommandanten Sybeton wieder ans Ruder kommen.

Wie dem aber auch sei, nach dieser Schlappe wird es die Reaktion vorläufig nicht mehr wagen, ihre Angriffe zu erneuern.

Der Telegraph bringt Mitteilungen über die scharfe Beurteilung, welche die Rede Millerands durch die sozialistischen Blätter erfährt, und da ist es von Interesse, auf einen Artikel Rouanets hinzuweisen, der am Freitag (also vor der Kammerkchung) in der „Humanitee“ erschien. In diesem sprach der Genosse Rouanet die zuversichtliche Hoffnung aus, daß Millerand sich hierzu nicht werde mißbrauchen lassen. Einmal gegen Combes wegen eines Briefes, den dieser gar nicht beantwortet hat, vorgehen, ein andermal die Gerichtstarife und jetzt wieder die Veröffentlichungen eines ehemaligen nationalisistischen Offiziers dazu benutzen, um gegen das Ministerium vorzugehen, das sei — so meint Rouanet — eine so undankbare Rolle, daß sie Millerand wohl nicht übernehmen werde. Luc er es doch, so wisse er (Rouanet) die Antwort, welche die Mehrheit darauf geben werde, im voraus und diese werde mit der Auffassung der Demokratie übereinstimmen.

Wie man sieht, hat sich Millerand doch nicht enthalten können, mit den Feinden der Republik gegen das Ministerium Combes zu paktieren. Das wird den ehemaligen Handelsminister um den letzten Rest von Vertrauen und Sympathie in Arbeiterkreisen bringen. Der Mann, der im Dienste der Demokratie noch vieles hätte vollenden können, ist von ruhelosem Ehrgeiz ergriffen; seine Eier nach dem Ministerjessell raubt ihm jede nüchterne Ueberlegung. In der „Humanitee“ wird er jetzt auch nicht mehr Genosse, sondern „Herr Millerand“ genannt.

Das Auftreten Millerands ist eine sehr unangenehme Begleiterscheinung. Aber die französische Sozialdemokratie, der in der Hauptsache auch diesmal die Rettung des Ministeriums zu danken ist, braucht sich die Freude an dem Siege dadurch nicht trüben zu lassen, denn Herr Millerand gehörte schon vorher für sie zu den Toten.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 7. November 1904.

Ein moderner König.

—!— Die industriellen Fusionspläne haben einen Namen populär gemacht, der bis vor wenigen Jahren kaum besondere Beachtung erweckte. Dieser Name beginnt aber nun sogar den Ruhm der Dynastie Krupp erblassen zu lassen, es ist der Name August Thyssen! Der Mann hat keine Titel und Orden, mit denen so mancher Industrielle paradiert, der dem Thyssen als Organisator, als Kaufmann, als Finanzgenie nicht das Wasser reichen kann. Trotzdem hat vor nicht sehr langer Zeit der lange Möller, der im Juli d. J. die Verstaatlichungsaktion einleitete, aus Angst vor den Plänen Thyssens diesen bei Wilhelm 2. als Mann der Zukunft vorgestellt. Und wer weiß, was noch wird!

Daß Thyssen bisher der beliebtesten Titelverleihungen nicht teilhaftig wurde, führt man auf seine politische Ueberzeugung — oder vielleicht ist's nur Stellungnahme — zurück. August Thyssen nahm unter den rheinisch-westfälischen Großindustriellen eine Sonderstellung ein, da er sich als Zentrumsmann gab und zu den Repräsentanten der katholischen Kirche intimere Beziehungen unterhielt. Unwiderrspochen ist die Nachricht geblieben, daß Thyssen stark mit Geldern der katholischen Kirche und katholischen Orden arbeite. Darauf macht auch das Zentralblatt der Walzwerke aufmerksam und meint dazu: „Es wäre ein neuer Beweis der oft geübten Weltklugheit des katholischen Klerus, wenn er die Geschäftstüchtigkeit und Entwicklungsfähigkeit August Thyssens so früh erkannt hätte.“

Es wäre wirklich reizend, wenn sich später die katholische Kirche, die durch ihre Organe — Klerus, Zentrumspartei,

christliche Arbeitervereine, christliche Gewerkschaften usw. — gegen das gottlose, nationalliberale Industriekapital heßt, als finanzielle Trägerin des Industrietrustes entpuppte. August Thyssen ist nämlich der Vater der großen Kombination: Gelsenkirchen, Schalke und Aachen. Das erwähnte Unternehmerjacht legt sich in der Nummer vom 5. November er. die Frage vor, ob Thyssen mit dieser Riesenfusion wohl am Ziele seiner Pläne kommt zu der Antwort: nein! Das Blatt resümiert seine Ansicht dahin, Thyssen strebe danach, seinen eignen Privatbesitz mit der Kombination Gelsenkirchen-Schalke-Note Erde zu vereinigen, weiter noch die Bechen und Schiffahrtsunternehmungen seines Freundes Stinnes anzugliedern. Zum Privatbesitz Thyssens gehört außer dem Bechenbesitz ein ganz modernes Stahlwerk, ein Walzwerk und Hochöfen, ferner die Hüttengesellschaft Weiderei. Die Thyssenschen Beche „Deutscher Kaiser“ ist mit 1 050 000 Tonnen dem Kohlenyndikat angeschlossen, beim Stahlwerksverband ist Thyssen mit der größten Beteiligungsziffer, 694 178 Tonnen, angeschlossen, Krupp nur mit 456 000 Tonnen. Daraus ergibt sich die Größe und Leistungsfähigkeit des Thyssenschen Privat-Stahlwerkes. Thyssen und Note Erde-Aachen verfügen allein über ein Achtel der Gesamtbeteiligungsziffer des Stahlverbandes. Thyssen, Gelsenkirchen und Schalke vereinigen auf sich ein Achtel der Gesamtbeteiligungsziffer des Kohlenyndikats und über ein Achtel von der Beteiligungsziffer des Kohlenyndikats. Hingzu käme noch die Stahlproduktion von Eschalte, die Kohlenförderung von Note Erde und schließlich Stinnes mit mit seinem Grubenbesitz und seiner Klederei. 1902 beförderte Stinnes rund 520 000 Tonnen Gütermengen.

Die in Aussicht gestellte Kombination würde zirka ein Sechstel der genannten rheinisch-westfälischen Kohlen- und Stahlproduktion umfassen! Daß Thyssen der Mann ist, einmal gesteckte Ziele konsequent und mit unwiderstehlicher Fähigkeit zu verfolgen, das ist in industriellen Kreisen bekannt. Bezeichnend ist, daß die Herren Kirchdorf, die sich doch selbst als nicht kleine Herrscher fühlen und mit sehr großem Selbstbewußtsein aufzutreten wissen, — es sei nur an die kontradiktorischen Verhandlungen über die dentischen Kartelle erinnert — sich vollständig unter daszepter Thyssens beugen.

Man spottet über die Angst vor Vertrauung, man hält das Auswachsen einer amerikanischen Verhältnisse in Deutschland für unmöglich und man sieht einen mächtigen Truft, fast mit Händen greifbar, entstehen. Mit den gezeichneten „Angliederungen“ dürften die Pläne Thyssens kaum abgeschlossen sein, schon sieht man von Schalke aus Fäden sich hinüberziehen nach den westfälischen Stahlwerken; man diese, wird der Bochumer Verein nicht mehr gegen den Truft sp. v. t. können, und der „Rhönig“ ist dann auch bald gefangen.

Die Zusammenballung der industriellen Macht in immer weniger Hände vollzieht sich mit Riesenschritten. Hier zeigt sich recht sinnfällig die Wichtigkeit der Theorie von Karl Marx. Wir sind zu Frieden! Je intensiver das Kapital expropriert, desto schneller wird die Zeit der Expropriation der Expropriation kommen.

Bremen in Bremen!

Das Abgeordnetenhaus soll in diesen Tagen, bis es zugunsten der Kanal-Kommission die Plenarsitzungen aussetzt, das vorhandene Material an kleinen Vorlagen aufarbeiten. So erledigte es am Sonnabend in zweiter und dritter Lesung den Antrag (Berthold) (H.), der verlangt, daß bis schon jetzt in den meisten preussischen Provinzen, so künftig auch in Hannover die Volkshäuser gezwungen sein sollen, bis zum Schluß des Halbjahres dem Schulunterricht beizuwohnen, in dem sie das 14. Lebensjahr vollenden.

In erster Lesung wurde dann ein Staatsvertrag zwischen Bremen und Preußen beraten und zur Vorbereitung für die weitere Beschlußfassung einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Zu ihm tritt Kreuzen zum Ausbau der Hafenanlagen in Bremerhaven eine größere Gelder an Bremen ab. Bei der Mehrheit des Hauses fand der Antrag keine allzu freundliche Aufnahme. Teils fürchtet man, daß die Bremer-Kaiserschen Kläger gewesen sind als die preussischen Minister und Regierungsräte und besser mit dem Pfunde ihrer nationalen Verdienste genugert haben, wie der Abg. v. Zedlitz meinte, der es wissen muß. Teils glaubte man auch, daß nach der Korruption der Unterwerfer Bremerhaven viel zugunsten Bremens verliere und schließlich nur noch für den Personenverkehr des Norddeutschen Lloyd als Hafen in Betracht kommen werde. Die Linde stand wenigstens der handelsfreundlichen Grundtendenz des Entwurfs sympathisch gegenüber.

Ein weiterer Initiativantrag Eckels (H.) will eine Beschleunigung des Enteignungsverfahrens dadurch herbeiführen, daß er den Enteignungsplan des Bezirksauschusses gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar erklärt. Ueber das Ziel war das Haus sich einig; über den Weg nicht. Denn die Regierung will die Beschleunigung nur durch Verwaltungsmaßnahmen herbeiführen. Schließlich ging der Antrag an die Kommission.

Nicht nur, weil das gegen das Partei- und Gewerkschaftsinteresse verstößt, das gebieterisch verlangt, daß ihm alle Vorteile ihr Schranken öffnen, wenn die organisierten Arbeiter danach verlangen, sondern auch aus Gründen der Selbstachtung. Wer nicht im Arbeitermittel bei sich im Hause sehen will, der verdient meinen Besuch erst recht nicht, wenn ich mein Sonntagsgewand anhabt. Das ist ein Grundgesetz, den jeder rückgratlose Arbeiter befolgen wird, wenn es sich um seinen persönlichen Wert handelt. Auf unser Thema angewandt heißt das nichts anderes, als: Arbeiter und Arbeitervereinigungen, die sich selbst achten, verzichten darauf, Vorteile zu frequentieren, deren Inhaber die Arbeiter bloß kennen, wenn sie im Sonntagsgewand zum Vergnügen erscheinen, die sie aber hinauswerfen, wenn sie Versammlungen bei ihnen abhalten wollen. Wer anders handelt, handelt unwürdig und beweist durch sein Tun, daß ihm die Anteilnahme an der modernen Arbeiterbewegung noch nicht das Maß von politischem Selbstgefühl verliehen hat, das unerlässlich ist für wahre Sozialdemokraten und treue Gewerkschaftsmitglieder. —

Letzte Nachrichten.

Hd. Hamburg, 5. November. Das mit Verhaftung beladene, in Bremerhaven beheimatete Segelschiff „Bionier“ ist auf der Fahrt von Buenos Aires nach Hamburg mit der gesamten Besatzung von 18 Mann untergegangen. —

Hd. Berlin, 5. November. Ein entsetzliches Familien-drama hat sich gestern nachmittag in dem Hause Prinz-Eugen-Strasse 12 abgespielt. Dort erdroffelte die 42jährige Ehefrau des Maurers Renke ihre drei Kinder im Alter von 6, 8 und 2 Jahren und verübte dann auf gleiche Weise Selbstmord. Als Motiv der Tat wird Eifersucht angegeben. Nach einer andern Version soll die Frau wegen Verleumdung vor kurzem zu einer Geldstrafe von 15 Mark verurteilt worden sein, welche sie jedoch nicht zahlen konnte. Sie sollte nun in der nächsten Woche die im Falle der Nichtzahlung festgesetzten drei Tage Haft abbüßen, und aus Verzweiflung hierüber soll die Frau die Tat begangen haben. —

Vereins-Kalender.

Verband deutscher Schuhmacher, Bahist, Magdeburg. Montag den 7. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im „Bürgerhaus“.

Dachdecker. Sonntag den 6. d. M., nachmittags 4 Uhr, Mitgliederversammlung bei Braunsch, Jaglosberg 9. —

Naturheilverein Wackau. Dienstag den 8. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im „Adler“. Vortrag über „Wach- oder Selbstsuggestion und ihre praktische Anwendung“. Referent: Herr D. Falte. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. —

Central-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblichen Arbeiter, Filiale Magdeburg. Sonnabend den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in der „Burg-Halle“, Tischlergasse 28. —

Arb.-Radf.-Bund „Solidarität“. Sonntag den 6. d. M., früh 7 Uhr, Abf. nach Gommern. Treffp.: Rennbahn, Berl. Chaussee.

Gr.-Otterleben. Naturheilverein. Jeden Montag abends 8 Uhr, Übungsstunde bei Strumpf (Kleiner Saal). —

Heinr. Casper

133 Breiteweg 133
Ecke Dreiengelestrasse

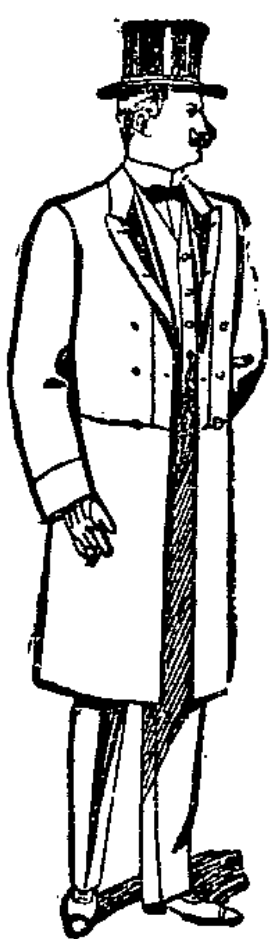
Anzüge

Jackett-Form
14, 16, 18, 20, 23, 25 bis 45 M.

Gehrock- und
Gesellschafts-Anzüge
28, 30, 35, 38, 40 bis 52 M.

Jünglings-Anzüge
8 bis 30 M.

Knaben-Anzüge
15 M.



Paletots u. Ulster

Für Herren:
12, 15, 18, 20, 23, 25, 28, 30,
33, 35, 38-52 M.

Für Jünglinge: 10-30 M.

Für Knaben: 3-16 M.

Lagerbestand in Paletots
über 1000 Stück



Joppen

mit warmem Futter
5.50, 6, 6.50, 7, 7.50 bis 16 M.

Jünglings- und
Knaben-Joppen
3 bis 8 M.

Arbeits-Garderoben
Berufs-Kleidung

für alle Ge...

Billigste Stoffe! Großes Stofflager! Tadelloser Sitz! Elegante Maß-Anfertigung! Massen-Auswahl!

Wegen Geschäfts-Auflösung

bleiben Sonntag, 6., und Montag, 7. November, unsere Geschäftsräume wegen Herabsetzung der Preise geschlossen.

Der Total-Ausverkauf

beginnt Dienstag den 8. November, vormittags 9 Uhr.

Geschwister Schenk Breiteweg 87
vis-à-vis der Braunehirschstr.

Wilhelm Wiemer

Inhaber
Grützkuu u. Götze
17 Peterstraße 17
Abteilung für
Möbel in mittlerer Preislage
Bedeutende Auswahl.

Zwei wohlfeile Einrichtungen

1 Kleiderschrank in Birken	62.— M.
1 Vertiko in Birken	62.— "
1 Spiegel, 1/2 echt Birken	14.— "
1 Spiegelspind	31.— "
1 Sofa in Moquette, pa. Arbeit	51.— "
4 Stühle, imit., à 6.— M.	24.— "
2 Bettstellen, imit., à 13 M.	26.— "
2 Matratzen, pa. Arbeit, à 24 M.	48.— "
1 Küchenschrank, 110 cm	28.50 "
1 Küchentisch	7.50 "
1 Küchenschrank gratis	
2 Küchensühle, à 2.75 M.	5.50 "
359.50 M.	

1 Kleiderschrank in echt Rußbaum	60.— M.
1 Vertiko	60.— "
1 Spiegel, nußb. furniert	15.— "
1 Spiegelspind	30.— "
1 Sofa in Blüsch	72.— "
1 Sofatisch, nußb. furniert	17.50 "
4 Stühle, imit. nußb., à 5.— M.	20.— "
2 Bettstellen, extra stark, dt. pol., à 16.— M.	32.— "
2 Matratzen, pa. Arbeit, à 24.— M.	48.— "
1 Küchenschrank mit Mischel	29.— "
1 Küchentisch	7.50 "
1 Küchenschrank gratis	
2 Küchensühle, à 2.75 M.	5.50 "
396.50 M.	

Grosses Lager von Teppichen, Gardinen, Vorhängen
Decken, Fellen, Linoleum, Läufern etc.

Billigste Preise.

Aufmerksame Bedienung.

Streng reell.

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Robert Albert, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Barbaum, Magdeburg. Druck von Franz Reichge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3. Fernsprecher 961.

Wannumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljahr (inkl. Postgebühr) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preisband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk. 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. zzgl. Postgebühr. Einzelnummern 5 Pf., Sonntags- und literarische Nummern 10 Pf. — Inzerationsgebühr: die sechsgezeichnete Zeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 864.

Nr. 263.

Magdeburg, Dienstag den 8. November 1904.

15. Jahrgang.

Demokratie und Militarismus.

Das Ministerium Combes ist, wie unsere Leser wissen, siegreich aus der Kammerkämpfe hervorgegangen, denn um dieses handelte es sich am letzten Freitag, nicht nur um den Kriegsminister Andree. Die Aufregung war schon in den der Sitzung vorausgegangenen Tagen eine ungeheure; die Verhandlungen über den englisch-französischen Vertrag, die am Donnerstag stattfanden, wurden vor leeren Bänken geführt, die Deputierten befanden sich in den Louvoirs und besprachen die kommenden Ereignisse.

Die nationalistisch-kerikale Opposition hatte diesmal ein sehr geeignetes Mittel gewählt, die Regierung zum Sturz zu bringen. Mit der moralischen Entrüstung läßt sich in der bürgerlichen Politik immer gut operieren und leicht Erfolg erzielen. Die Tatsachen sind bekannt. Andree hatte, als er an die Spitze der Heeresverwaltung trat, seine eigenen Untergebenen, die Generale, überhaupt so ziemlich das ganze Offizierskorps gegen sich. Das Heer war von dem republikanischen Geist unberührt geblieben; die kerikal-monarchistischen Cliquen führten hier die Herrschaft und entschieden über die Beförderung der Offiziere. Die als republikanisch „verdächtig“ Offiziere waren von dem Abancement so gut wie ausgeschlossen. Ein Ueberwachungs- und Spitzel-System, gegen das die vom Kriegsminister Andree geübten Methoden das reinste Kinderpiel sind, hat jahrelang in der französischen Armee geherrscht. Eine solche, von den Abkömmlingen der altadligen Geschlechter geleitete Armee bildete eine ständige Gefahr für die Republik, wie die verschiedenen Vorkommnisse, z. B. der Boulanger-Aera, der Blindwittig-Gef. gegen Dreyfus, dem man durch die schurklichsten Fälschungen zu verderben trachtete, zur Genüge beweisen. Und noch vor ganz kurzer Zeit, als es sich darum handelte, die Kongregationisten der Bretagne zur Anerkennung der Gejeze zu zwingen, haben sich Offiziere vielfach widersetzt, die diesbezüglichen Befehle zur Ausführung zu bringen. Vom Kriegsgericht wurden diese gut katholischen Offiziere in den meisten Fällen freigesprochen, weil sie gegen ihr Gewissen nicht hätten handeln können. Man hat aber nie davon gehört, daß dieselben Herren gegen streikende Arbeiter nicht marschiert wären.

Die Armee zu einem demokratischen Gebilde zu machen, zu einer republikanischen Institution, war das durchaus berechtigte Ziel Andrees. Zunächst mußte den als republikanisch bekannten und deshalb von jeder zurückgesetzten Offizieren zu ihrem Recht verholfen werden. Von den Korpskommandanten erhielt der Kriegsminister keine genügenden Auskünfte und er suchte seine Informationen auf andern, außerdienstlichem Wege zu vervollständigen. Hier mögen die Beauftragten des Kriegsministers, namentlich der Hauptmann Molin, wohl zu weit gegangen sein, aber diejenigen, die sich jetzt darüber beschweren, treiben ekelhafte Heuchelei, denn sie haben selbst lange Jahre weit Schlimmeres geliebt. Die Entrüstung ist denn auch nicht ernst gemeint, und wenn die kerikal-nationalistische Opposition heute aus Ruder kommt, würde sie noch weit schlimmer als früher ihre Günstlingswirtschaft betreiben. Es galt Andree, es galt die ganze Regierung zu stürzen, wie man vor kurzem mit Pelletan, dem Marineminister, zugleich das Kabinett Combes zu Fall bringen wollte. Mit Combes' Fall aber würden auch alle jene kirchenpolitischen Reformgesetze in der Versenkung verschwinden, denn jedes Ministerium der siegreichen Opposition müßte seinen Stützpunkt im Zentrum bei den „gemäßigten“ Republikanern Melinischer Richtung und weiter nach rechts bei den Nationalisten suchen.

Der neueste Anschlag gegen das Ministerium mußte daher im Interesse der weiteren Entwicklung zur Demokratie verhindert werden, und es ist nicht zum mindesten das Verdienst Jaures' mit, der in der Woche, die zwischen den beiden denkwürdigen Tagen liegt, nicht aufgehört hat, das republikanische Gewissen zu schärfen und die Deputierten des Blocks aufzurufen, von der Defensibe zur Offensibe überzugehen.

Ueber den Verlauf der Kammer Sitzung haben wir in der letzten Nummer gedrängt berichtet, das Endergebnis war die Annahme eines Vertrauensvotums für die Regierung mit 343 gegen 236 Stimmen. Die einfache Tagesordnung, welche Combes nicht anzunehmen erklärt hatte, war nur mit zwei Stimmen Mehrheit abgelehnt worden. Dieses Resultat wurde von der Rechten mit großem Jubel aufgenommen; die Tagesordnung Bienvenu-Martin, für welche das Kabinett die Priorität verlangt hatte, erhielt nur eine Mehrheit von 9 Stimmen. Da kam der feige hinterlistige Angriff des nationalistischen Deputierten Sybeton, der

den Kriegsminister hinterücks überfiel, und ihm zwei Schläge ins Gesicht versetzte. Hierauf erfolgte die Abstimmung über das Vertrauensvotum, wobei die Regierung eine Mehrheit von 107 Stimmen erhielt, eine Majorität, wie sie die vielgehaßte Regierung Combes noch nie zu verzeichnen hatte. Daß die feige Tat Sybetons zu diesem Resultat wesentlich beigetragen hat, läßt sich nicht bestreiten. Daß sich entschiedene Gegner des jetzigen Ministeriums dadurch hätten soweit beeinflussen lassen, nun für dasselbe zu stimmen, ist zwar ausgeschlossen, aber auf schwankende Elemente aus den Reihen der Republikaner wird der brutale Ueberfall die heilsame Wirkung gehabt haben, ihnen zum Bewußtsein zu bringen, welch Schicksal dem französischen Volk wartet, wenn die Freunde des Rowdys Sybeton wieder aus Ruder kommen.

Wie dem aber auch sei, nach dieser Schlappe wird es die Reaktion vorläufig nicht mehr wagen, ihre Angriffe zu erneuern.

Der Telegraph bringt Mitteilungen über die scharfe Beurteilung, welche die Rede Millerands durch die sozialistischen Blätter erfahren, und da ist es von Interesse, auf einen Artikel Rouanets hinzuweisen, der am Freitag (also vor der Kammer Sitzung) in der „Humanitee“ erschien. In diesem sprach der Genosse Rouanet die zuversichtliche Hoffnung aus, daß Millerand sich hierzu nicht werde mißbrauchen lassen. Einmal gegen Combes wegen eines Briefes, den dieser gar nicht beantwortet hat, vorgehen, ein andermal die Gerichtstafel und jetzt wieder die Veröffentlichungen eines ehemaligen nationalistischen Offiziers dazu benutzen, um gegen das Ministerium vorzugehen, das sei — so meint Rouanet — eine so undankbare Rolle, daß sie Millerand wohl nicht übernehmen werde. „Tue er es doch, so wisse er (Rouanet) die Antwort, welche die Mehrheit darauf geben werde, im voraus und diese werde mit der Auffassung der Demokratie übereinstimmen.“

Wie man sieht, hat sich Millerand doch nicht enthalten können, mit den Feinden der Republik gegen das Ministerium Combes zu paktieren. Das wird den ehemaligen Handelsminister um den letzten Rest von Vertrauen und Sympathie in Arbeiterkreisen bringen. Der Mann, der im Dienste der Demokratie noch vieles hätte vollenden können, ist von ruhelosem Ehrgeiz ergriffen; seine Bier nach dem Ministerstempel raubt ihm jede nüchterne Ueberlegung. In der „Humanitee“ wird er jetzt auch nicht mehr Genosse, sondern „Herr Millerand“ genannt.

Das Auftreten Millerands ist eine sehr unangenehme Begleitererscheinung. Aber die französische Sozialdemokratie der in der Hauptsache auch diesmal die Rettung des Ministeriums zu danken ist, braucht sich die Freude an dem Siege dadurch nicht trüben zu lassen, denn Herr Millerand gehörte schon vorher für sie zu den Toten. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 7. November 1904.

Ein moderner König.

—dl— Die industriellen Fusionspläne haben einen Namen populär gemacht, der bis vor wenigen Jahren kaum besondere Beachtung erweckte. Dieser Name beginnt aber nun sogar den Ruhm der Dynastie Krupp erblaffen zu lassen, es ist der Name August Thyssen! Der Mann hat keine Titel und Orden, mit denen so mancher Industrielle paradiert, der dem Thyssen als Organisator, als Kaufmann, als Finanzgenie nicht das Wasser reichen kann. Trotzdem hat vor nicht sehr langer Zeit der lange Müller, der im Juli d. J. die Verstaatlichungsaktion einleitete, aus Angst vor den Plänen Thyssens diesen bei Wilhelm 2. als Mann der Zukunft vorgestellt. Und wer weiß, was noch wird!

Daß Thyssen bisher der beliebten Titelverleihungen nicht teilhaftig wurde, führt man auf seine politische Ueberzeugung — oder vielleicht ist's nur Stellungnahme — zurück. August Thyssen nahm unter den rheinisch-westfälischen Großindustriellen eine Sonderstellung ein, da er sich als Zentrumsmann gab und zu den Repräsentanten der katholischen Kirche intimere Beziehungen unterhielt. Unwidersprochen ist die Nachricht geblieben, daß Thyssen stark mit Geldern der katholischen Kirche und katholischen Orden arbeite. Darauf macht auch das Zentralblatt der Walzwerke aufmerksam und meint dazu: „Es wäre ein neuer Beweis der oft geübten Weltklugheit des katholischen Klerus, wenn er die Geschäftstüchtigkeit und Entwicklungsfähigkeit August Thyssens so früh erkannt hätte.“

Es wäre wirklich reizend, wenn sich später die katholische Kirche, die durch ihre Organe — Klerus, Zentrumspartei,

katholische Arbeitervereine, christliche Gewerkschaften usw. — gegen das gottlose, nationalliberale Industriekapital hebt, als finanzielle Trägerin des Industrietrustes entpuppe. August Thyssen ist nämlich der Vater der großen Kombination: Gelsenkirchen, Schalke und Aachen. Das erwähnte Unternehmerrätsel legt sich in der Nummer vom 5. November er. die Frage vor, ob Thyssen mit dieser Fusionsaktion wohl am Ziele seiner Pläne sei oder nicht kommt zu der Antwort: nein! Das Blatt resümiert seine Ansicht dahin, Thyssen strebe danach, seinen eignen Privatbesitz mit der Kombination Gelsenkirchen-Schalke-Note Erde zu vereinigen, weiter noch die Bechen und Schiffahrtsunternehmungen seines Freundes Stinnes anzugliedern. Zum Privatbesitz Thyssens gehört außer dem Bechenbesitz ein ganz modernes Stahlwerk, ein Walzwerk und Hochöfen, ferner die Gütteleisenhütte. Die Thyssenschen Beche „Deutscher Kaiser“ ist mit 1 050 000 Tonnen dem Kohlenyndikat angeschlossen, beim Stahlwerksverband ist Thyssen mit der größten Beteiligungsziffer, 694 178 Tonnen, angeschlossen, Krupp nur mit 468 000 Tonnen. Daraus ergibt sich die Größe und Leistungsfähigkeit des Thyssenschen Privat-Stahlwerkes. Thyssen und Note Erde-Aachen verfügen allein über ein Achtel der Gesamtbeteiligungsziffer des Stahlverbandes. Thyssen, Gelsenkirchen und Schalke vereinigen auf sich ein Viertel der Gesamtbeteiligungsziffer des Kohlenyndikats und über ein Viertel von der Beteiligungsziffer des Koksyndikats. Hinzu käme noch die Stahlproduktion von Schalke, die Kohlenförderung von Note Erde und schließlich Stinnes mit mit seinem Grubenbesitz und seiner Hedererei. 1902 beförderte Stinnes rund 520 000 Tonnen Gütermengen.

Die in Aussicht gestellte Kombination würde zirkel ein Sechstel der genannten rheinisch-westfälischen Kohlen- und Stahlproduktion umfassen! Daß Thyssen der Mann ist, einmal gesteckte Ziele konsequent und mit unwiderstehlicher Fähigkeit zu verfolgen, das ist in industriellen Kreisen bekannt. Bezeichnend ist, daß die Herren Kirchdorf, die sich doch selbst als nicht kleine Herrscher fühlen und mit sehr großem Selbstbewußtsein aufzutreten wissen, — es sei nur an die kontradiktischen Verhandlungen über die deutschen Karalle erinnert — sich vollständig unter das Joch Thyssens beugen.

Man spottet über die Angst vor Verkrüftung, man hält das Auswachsen amerikanischer Verhältnisse in Deutschland für unmöglich und man sieht einen mächtigen Trutz, fast mit Händen greifbar, entstehen. Mit den gezeichneten „Angliederungen“ dürften die Pläne Thyssens kaum abgeschlossen sein, schon sieht man von Schalke aus Fäden sich hinüberziehen nach den westfälischen Stahlwerken; hat man diese, wird der Bochumer Verein nicht mehr gegen den Trutz „Krupps“ zu kämpfen, und der „Phönix“ ist dann auch bald gefangen.

Die Zusammenballung der industriellen Macht in immer weniger Hände vollzieht sich mit Riesenschritten. Hier zeigt sich recht sinnenfällig die Nichtigkeit der Theorie von Karl Marx. Wir sind's zufrieden! Je intensiver das Kapital expropriert, desto schneller wird die Zeit der Expropriation der Expropriateure kommen.

Bremen in Preußen!

Das Abgeordnetenhaus soll in diesen Tagen, bis es zugunsten der Kanal-Kommission die Plenarsitzung aussetzt, das vorhandene Material an kleinen Vorlagen aufarbeiten. So erledigte es am Sonnabend in zweiter und dritter Lesung den Antrag Dierhoff (Hr.), der verlangt, daß wie schon jetzt in den meisten preussischen Provinzen, so künftig auch in Hannover die Volksschüler gezwungen sein sollen, bis zum Schluß des Halbjahres dem Schulunterricht beizuwohnen, in dem sie das 14. Lebensjahr vollenden.

In erster Lesung wurde dann ein Staatsvertrag zwischen Bremen und Preußen beraten und zur Vorbereitung für die weitere Beschlußfassung einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. In ihm tritt Preußen zum weiteren Ausbau der Hafenanlagen in Bremerhaven eine größere Gebiete an Bremen ab. Bei der Mehrheit des Hauses fand der Antrag keine allzu freundliche Aufnahme. Teils fürchtet man, daß die Bremer Herrschaften klüger gewesen sind als die preussischen Minister und Regierungsräte und besser mit dem Pfunde ihrer nationalen Verdienste genuchert haben, wie der Abg. v. Jedlich meinte, der es wissen muß. Teils glaubte man auch, daß nach der Intervention der Unterwerfer Bremerhaven viel zugunsten Bremens verlieren und schließlich nur noch für den Personenverkehr des Norddeutschen Lloyd als Hafen in Betracht kommen werde. Die Linke glaubte wenigstens der handelsfreundlichen Grundtendenz des Antrags sympathisch gegenüber.

Ein weiterer Initiativantrag Cdele's (Hr.) will eine Vereinigung des Enteignungsverfahrens dadurch herbeiführen, daß er den Enteignungsplan des Bezirksausschusses gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar erklärt. Ueber das Ziel war das Haus sich einig; über den Weg nicht. Denn die Regierung will die Beschleunigung nur durch Verordnungsmaßnahmen herbeiführen. Schließlich ging der Antrag an die Justizkommission.

Den Schluß bilden Beamten-Petitionen um Gehaltssteigerung, die zum Teil beabteiligt der Regierung als Material überwiesen wurden.

Montag soll in ihrer „Beratung“ fortgeführt werden. —

Chauvinistischer Vandalismus.

Zu Innsbruck hat es am Sonnabend und Sonntag zwar noch große Unruhen und wilde Demonstrationen gegeben, aber es sind keine Gewalttaten mehr verübt worden. Das Begräbnis des einen Opfers, eines Malers, das am Sonntag nachmittag stattfand, brachte die gesamte deutsche Bevölkerung auf die Beine; alldeutsche Abgeordnete waren aus Wien herbeigeeilt und leisteten in ihren Grabreden an Aufhebung der Aufgehoben das Mögliche, aber es kam wunderbarer Weise trotzdem nicht zu einem Zusammenstoß mit dem Militär, das an Anordnung der Wiener Zentrale bereit stand. Daraus darf man den Schluß ziehen, daß die Chauvinisten sich ausgetobt haben und daß Kräfte nicht übrig hat — wie er schon andeutete ließ — den Belagerungsstand zu verhängen, mit dem ja jeder regieren kann.

Wo sitzen nun die Schuldigen? Die Wiener „Arb.-Ztg.“ gibt auf die Frage folgende Antwort:

Die wahren Schuldigen und Verantwortlichen sind freilich nicht in Innsbruck zu finden, die sitzen in Wien. ... Der Blindstief muß es, mußte es längst sehen: daß die italienischen Studenten, daß die italienische Fakultät in Innsbruck eine Unmöglichkeit ist. Den Chauvinisten Ruhe und Vernunft zu predigen, ist nicht bloß eine lächerliche, ist auch eine aussichtslose Sache; zumal hier, wo der Blindstief ununterbrochen vermehrt wird, wo die Erregung jeden Tag neue Nahrung findet. Nun erbiten Demonstrationen zu erwarten, daß sie sich kulturellen oder politischen Erwägungen hingeben werden, daß ihnen im Angesicht der ungeliebten Gäste die Größe der italienischen Kultur, die Konstellation im Parlament oder gar der Dreieinig einfallen werde, das ist einfach kindisch. ...

It doch diese italienische Fakultät in Innsbruck auch für die Italiener eine Qual, ein ganz unerträgliches Zwang, der die jungen Menschen mit böser Leidenschaft erfüllen muß. Man zwingt sie, in eine Stadt zu gehen, wo ihnen nur Haß entgegengebracht wird, verlangt von ihnen, die aus ihrer Jugend heraus zur offenen Bekundung ihrer Empfindungen geneigt sind, daß sie sich bücken und verbergen, erwartet von Studenten, daß sie auf studentisches Leben verzichten und sich in ihre Universitätsstätte verlegen und unbemerkt hinhinziehen. Das alles ist offenkundiger Wahnsinn, und eine einseitige Unterdrückungsbehörde hätte es natürlich längst begriffen, daß es diesem ungezügelter Haß gegenüber nur ein besseres Mittel gibt: indem man die Befessenen trennt und nicht aufeinander geradezu beugt. Es ist ja nicht wahr, daß die Deutschen die Italiener, die Italiener die Deutschen hassen. Zum Haß bringt sie nur diese Regierung, die sich einbildet, auf ihren Wunsch werden sich erbitterte Menschen beruhigen und einander lieben, zur Ehre ihres großartigen Vaterlandes.

Alles kann die Regierung ohne Parlament machen. „auf der ganzen Linie“ ist der Herr v. Körber der Kurator, nur gerade hier, wo ein wirklicher und ein unwirklicher Volkstand nach Abhilfe schreit, nur hier, wo Handeln ihre Pflicht wäre, ist sie ohnmächtig und auf das liebe Obstruktionsparlament angewiesen! Nein der Schwindel wird niemand täuschen. Wahr ist, daß die Regierung aus einer ursprünglichen recht grundlosen Sache eine der böseartigen Wirrnisse entstehen ließ, die Österreich heute kennt, daß ihre Untätigkeit die Beziehungen zweier Völker bis ins Mark vergiftet hat, daß ihre Absicht vor wirklichen, das ganze Problem erfassenden Lösungen nicht Schreckensnacht erzeugt hat, deren lähmendes Entgegen heute nicht allein die ausgewählte Stadt, sondern die ganze Kulturwelt schmerzhaft empfindet.

Soviel an der Sozialdemokratie liegt, versuchen die Männer des „Umsurzes“, die Ordnung zu retten und der Völkervergiftung entgegenzuarbeiten. Die sozialdemokratische Landesparteivertretung in Innsbruck hat nach der ersten Wut- und Schreckensnacht folgenden Aufruf an die Arbeiter beider Nationen gerichtet:

Die tief beklagenswerten Feindseligkeiten, die seit Jahren zwischen den deutschen und italienischen Studenten und einem großen Teil der Bürgerschaft durch die nationalen Gegensätze und Provokationen hervorgerufen wurden, haben die traurigsten Folgen gezeigt. Eine furchtbare Erregung hat unter dem erschlaffenden Eindruck derselben die Gemüter ergriffen. Tief beklagt steht der Frieden und Gerechtigkeit liebende Mensch da und jagt besorgt, wozu es führen wird, wenn zwei hervorragende Kulturnationen in ihrem eignen Vaterlande sich gegenseitig tödlich bedrohen, teure Menschenleben nicht schonen und haßerfüllt das Eigentum friedlicher Menschen zerstören. Die Arbeiterschaft beider Nationen hat bisher erfreulicherweise den Frieden bewahrt, allein der heutige Tag hat gezeigt, daß die große Gefahr besteht, daß auch diese mit in den Kampf verwickelt werde. Unabhängig, noch schrecklichere Folgen wären hierdurch unausweichlich. Angesichts dieser Gefahr ist es unsere Pflicht, die Arbeiter beider Nationen dringend aufzufordern, sich jeder Teilnahme am nationalen Kampfe zu enthalten und dem Schauspiel der empfindlichen Täuschlichkeiten fern zu bleiben.

Wir erinnern daran, wie oft schon Arbeiterblut ungeschuldig vergossen wurde und wie hart und unerträglich jedes geringste Vergehen bestraft wird, wenn es von Arbeitern begangen wurde. In diesem Augenblick der herrschenden Erregung darf es nicht unsere Pflicht sein, danach zu suchen, wer mehr Schuld an den traurigen Zuständen trägt. Es ist vielmehr die Pflicht eines jeden besonnenen Menschen, daran zu erinnern, daß Gewalttätigkeiten nicht der Gradmesser für die Höhe der Kulturstufe einer Nation sind, sondern ein tragisches Merkmal der Barbarei. Nur im friedlichen Wettkampf und in der gegenseitigen Selbstachtung der Vorgesetzten auch anderer Kulturnationen ehrt jede Nation sich selbst und wird die Menschheit auf eine höhere Kulturstufe gelangen.

So sprechen und handeln diejenigen, denen die gewalttätigen Chauvinisten aller Länder zum Vorwurf machen, sie wollten die bürgerliche Kultur vernichten, die Schreckensherrschaft der Massen etablieren, das oberste zu unweit führen!

Natürlich haben die Innsbrucker Vorgänge in Italien ein Echo gefunden. Deutschfeindliche Demonstrationen haben sich am Sonntag in Mailand, Vola und Jara abgespielt. Die römischen Blätter verlangen von der österreichischen Regierung eine schnelle Lösung der Kritik. Mit ebenjoviel Aussicht auf Erfolg können sie von Körber verlangen, er solle den Rond herunter holen.

Die österreichische Regierung geht den gewalttätigen Chauvinisten ja mit schlechtem Beispiel voran. Sie „regiert“ mit der Brutalität des § 14 — wie sollte sie sich also mit Erfolg gegen Brutalitäten wenden können?

Auf Banketten und in liberalen Zeitungen läßt sie sich höflich als Hüterin der bürgerlichen Kultur preisen — einer Kultur, die im Grunde auf Gewalttätigkeit und Brutalität aufgebaut ist.

Deutschland.

* Berlin, 7. November. Eine Kunderversammlung des Justizministers vom 5. August stellt fest, daß Interessensverbände der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer oder andere gemeinnützige Vereinigungen, welche einen **Arbeitsnachweis ohne Gewinnabsicht** unterhalten, der Vorschriften der Gewerbeordnung nicht unterstehen und daher auch nicht der im § 34 der Gewerbeordnung geforderten Erlaubnis zur Stellenvermittlung bedürfen. Hieran ändert auch der Umstand nichts, daß für den Arbeitsnachweis Gebühren erhoben werden. Denn aus der Tatsache der Gebührenerhebung allein kann auf das Vorhandensein einer Gewinnabsicht noch nicht geschlossen werden. Geht dagegen die Absicht darüber hinaus auf Erzielung eines regelmäßigen Ueberschusses, so ist der Arbeitsnachweis selbst dann ein gewerbliches Unternehmen, wenn der erzielte Gewinn bestimmungsmäßig zu gemeinnützigen Zwecken Verwendung finden soll. Die Verfolgungen der Arbeitersekretariate mögen also wohl nach und nach verschwinden, wenn sich die unteren Behörden den Runderlaß des Justizministers merken sollten. Posadowskys Erklärung im Reichstag wurde bekanntlich ignoriert.

— Die **südwestafrikanische Kostenrechnung** soll dem Reichstag nur in Raten überreicht werden. Wie offiziell gemeldet wird, will man vorläufig nur 86 Millionen fordern. Diese 86 Millionen sind natürlich schon ausgegeben und vielleicht noch einige mehr. Es handelt sich augenscheinlich um einen Versuch, dem Volke einen klaren Einblick in die koloniale Kriegszahlung zu verschaffen. Der Reichstag aber hat allen Grund und alles Recht, unzweideutige Auskunft darüber zu verlangen, was die südwestafrikanische Wirtschaft schon gekostet hat und wie weit sich die Regierung mit ihren künftigen Ausgaben bereits festgelegt hat.

— Mit der **Biehzählung** am 1. Dezember soll zum ersten Male auch eine Ermittlung des Umfangs der Haus- oder Privatfischschaltungen verbunden werden. Durch die Schlachtviehfleischschau wird zwar der größte Teil der Schlachtungen, nämlich diejenigen, bei denen das Fleisch der geschlachteten Tiere nicht ausschließlich im Haushalt des Besitzers verwendet werden soll, statistisch erfasst. Der andere Teil aber, die Haus- oder Privatfischschaltungen, bleibt noch unbekannt. Letzterer soll nun bei der bevorstehenden Biehzählung erfragt und gezählt werden.

* Köln, 4. November. Eine gründliche **Reform des preussischen Landtagswahlrechts** fordert die „Köln. Volksztg.“. Das Zentrum schreibt: „Nachdem Bayern, Baden und Württemberg eine gründliche Wahlrechtsreform entweder bereits durchgeführt oder wenigstens energig in Angriff genommen haben, kann doch unmöglich in Preußen das „elendeste“ aller Wahlsysteme „unentwegt“ aufrecht erhalten werden.“ In Preußen ist stets das Unmögliche möglich gewesen.

* Bissa (Posen), 7. November. Ein **dreizehnjähriger Majestätsbeleidiger**, der Schüler Grabba, ist von der hiesigen Strafkammer zu **3 Monaten Gefängnis** verurteilt worden. Leider nennen vorliegende kurze Berichte weder den Namen des Staatsanwalts noch jene der Richter. Hoffentlich erfährt man sie noch. Denn die Namen der Männer, deren Gesetzeser bis in die Kinderstube dringt und halbwillkürliche Knaben als Majestätsbeleidiger von der Seite der Mutter in den Kerker führt, diese Namen gehören der Weltgeschichte! —

Der russisch-japanische Krieg.

Vor Port Arthur.

Gegenüber den russischen Lügen über den letzten „mißglückten“ japanischen Sturm auf Port Arthur kommt aus Tokio der folgende amtliche Bericht:

Der Kommandeur der Flotte vor Port Arthur meldet, daß die rechte Kolonne und ein Teil der mittleren Kolonne am 30. Oktober abends den oberen Teil und die Kommandoscarpe der Forts Jungschichan, Gungschichan und Tunkitwanjau-Nord besetzt und einige der Plantenwerke und Laufgräben dieser Forts zerstört haben. Ein anderer Teil der mittleren Kolonne hat trotz des heftigen Feuers des Feindes um zwei Uhr nachmittags das zwischen den Forts Paulungschan und Tunkitwanjau gelegene Fort B. angegriffen und genommen. Die Russen machten wiederholte Gegenangriffe auf dieses Fort, und wir mußten es um 10½ Uhr abends aufgeben. General Schinobe eroberte es aber um 11 Uhr nachts zurück; in dem Fort wurden drei Feldgeschütze, zwei Maschinengewehre, drei Stützgeschütze und viel anderes Kriegsgerät erbeutet; 40 Russen wurden tot aufgefunden. Die linke Kolonne nahm am demselben Tage das nördliche von Tunkitwanjau gelegene Fort Kobujima. Am 31. Oktober griffen wir die Hafenschiffswerft mit großkalibrigen und Schiffsgechützen an, wobei das russische Kanonenboot „Siljat“ mehrere Male getroffen und zwei Dampfer zum Sinken gebracht wurden. Am 1. November wurden im westlichen Teil des Hafens zwei Dampfer von je ungefähr 3500 Tonnen und am 2. November ein Dampfer von ungefähr 3000 Tonnen zum Sinken gebracht. Zweimal wurde eine heftige Explosion, wahrscheinlich eines Pulvermagazins, am Nordende der Stadt gehört. Am 3. November mittags eröffneten wir ein heftiges Feuer aus Schiffsgechützen auf die Schiffswerft und andere Teile im Osten des Hafens, wo auch kurz nach 12 Uhr mittags Feuer ausbrach, das bis zum andern Morgen um 4 Uhr mißerte. Am selben Tage wurde das Fort 4 aus großkalibrigen Geschützen beschoßen und erheblich beschädigt.

Das alles nennen die Russen „mißglückte, auf der ganzen Linie zurückgeschlagene Angriffe“.

Letzte Nachrichten.

Hd. Petersburg, 7. November. Aus Moskau wird berichtet, daß am Sonnabend zum erstenmal ein Schneeeis gefallen ist. Die Temperatur beträgt 10 bis 11 Grad unter Null. Die Truppen leiden sehr.

Hd. Petersburg, 7. November. Nach Berichten aus Moskau nehmen die Tschuktschen eine immer herausforderndere Haltung ein. Sie greifen isolierte Posten an und locken einzelne Truppen in den Hinterhalt, wo sie dieselben niedermachen.

Hd. London, 7. November. Aus dem Hauptquartier Kurokis wird berichtet: Die Lage der beiden Armeen ist unverändert.

Die Russen beschließen ohne großen Erfolg die japanischen Linien mit Geschützen schwerer Kalibers. Sie konzentrierten ihr Feuer auf den linken Hügel der Japaner, welcher der russischen Front am nächsten gelegen ist. Die Japaner beantworteten das Bombardement nicht.

Hd. London, 7. November. „Central News“ melden aus Tokio: Hier sind schlechte Nachrichten aus Port Arthur eingetroffen, welche darauf hindeuten, daß sich die Festung nicht lange mehr halten könne. Sieben Forts sind von den Japanern genommen worden.

Hd. Petersburg, 7. November. In Nadomst fand wieder ein Zusammenstoß zwischen Reserven, Polizei und Militär statt, wobei letzteres mit blanker Waffe einhieb und mit scharfen Patronen in die Menge schloß. Ein Kapitän wurde von der Menge verfolgt. Von den Reservisten wurden viele getötet oder verwundet. Volksmassen drangen in Kanjamausläden und plünderten sie. Eine nach Tausenden zählende Menge zieht unter Abhängen polnischer Nationallieder auf den Straßen umher, unter drohender Haltung und Vernichtung alles dessen, was ihr in den Weg kommt.

Hd. Petersburg, 7. November. Die amtlichen Bekanntmachungen über die Ausschreitungen der Reservisten stehen weit hinter der Wirklichkeit zurück. In einzelnen Ortschaften wurden wahre Schlächen geliefert. Am Schluß des Monats ging es im Gouvernement Mohilow zu. In der Stadt Witebsk schleppten die Reservisten gegen die Polizei und gegen die Militärwachen mit Dynamit gefüllte Handpatronen, wobei über 50 Personen getötet oder verwundet wurden. In dem Marktflecken Bichow hauchten die Reservisten drei Tage lang und stecten den Ort schließlich in Brand, so daß nur wenige Häuser stehen blieben.

Hd. Madrid, 7. November. Einen Telegramm aus Las Palmas zufolge verließen die englischen und deutschen für die Russen bestimmten Kohlenschiffe den Hafen, ebenso der englische Kreuzer „Aurora“.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein kleiner Sturm. In der Filzschuhfabrik von Geißler u. Westphal in Ebthien wurden am Sonnabend sechs organisierte Schuhmacher (von den zwölf dort überhaupt beschäftigten) entlassen, weil sie sich weigerten, aus dem Verband auszutreten. Der Genosse Fabian, der im Auftrag des Vorstandes am Sonntag mit Herrn Westphal verhandeln wollte, wurde mit den Worten abgemieien: „Ich will Herr in meinem Hause sein, ich habe die Arbeiter entlassen und lasse mir von niemand dreinreden, ich will kein Wort hören, sieren Sie sich raus, es ist eine Frechheit.“

Allgemeine Arbeitslosen-Versicherung in Frankreich. Die Einsetzung einer Kommission für soziales Versicherungswesen und Fürsorgewesen, die neben dem Plane der staatlichen Altersversicherung vor allem auch der Frage der Arbeitslosenversicherung näher treten sollte, ist in Frankreich erreicht worden. Dieser Kommission hat nun, wie wir der „Leipziger Volkszeitung“ entnehmen, Millerand eine Denkschrift über die verschiedenen Gesetzes- und Verwaltungsvorschläge zur Organisation von Arbeitslosenkassen, die die Welt bisher kennt, vorgelegt. Die Denkschrift läuft darauf hinaus, das belgische Experiment, das der Advokat Warlez in der Stadt Gent zuerst angeregt hat, nunmehr in Frankreich auf umfassender Grundlage zu wiederholen. Das Genter System beruht auf Arbeitslosenzuschkassen, die jede Gemeinde errichtet, um aus ihren Mitteln die Arbeitslosen-Versicherungskassen der verschiedenen Arbeiterorganisationen, Wohlfahrts- und Unterstützungsvereine nach bestimmten Verhältnissen zu unterstützen. Der Zuschuß darf, wenn die Grundunterstützung bereits 1 Frank pro Tag überschreitet, höchstens diesem Betrage gleichkommen, und wird auf höchstens 50 Tage im Jahre gewährt. Die kombinierten Arbeitslosenkassen sind von 10 Administratoren, deren 5 aus den Gewerkschaften hervorgehen müssen, zu verwalten. Dieses vielfach angefochtene System ist in Gent, in Antwerpen, in allen 10 belgischen Städten über 50 000 Einwohnern, die es angenommen haben — Brüssel allein hielt sich bisher zurück — erprobt worden. In Frankreich hat es bereits in Dijon und Langres Nachahmung gefunden, in Lyon harret seine Einführung nur noch der ministeriellen Bestätigung. Millerand spricht sich in seiner Denkschrift entschieden für das Genter System gegenüber all den auf eine nationale Arbeitslosenkasse zielenden Gesetzesvorschlägen aus, da letztere mit den bestehenden Selbsthilfebestrebungen der Arbeiterschaft nicht in Einklang zu bringen seien. Allerdings will Millerand nicht in dem Genter System schon das A und O aller Arbeitslosenversicherung erblicken, vielmehr will er es nur als vorbereitendes, als Uebergangsexperiment, an dem man das Problem studieren, das die weitere Verantwortlichkeit anregen und auflösen könne, behandeln wissen. Wesentliche Wirkungen zugunsten der Arbeiterbewegung und des Versicherungsgedankens erwartet Millerand gerade von dieser erzieherischen Seite des Systems: Anreiz der privaten Initiative, der Selbsthilfebestrebungen, die durch die Zuschußkasse geradezu prämiert werden, Antriebs- und Werbearbeit für die Ausdehnung der Gewerkschaften. Begrenzt ist die Wirksamkeit des Genter Systems durch die von langer Hand notwendige wenig Spielraum gewährende Festlegung der Zuschußfonds in den Gemeindehaushalten.

Millerand fordert schließlich vom Handelsminister zur Einleitung dieses Experiments einen Kredit von 100 000 Frank zur Unterstützung sämtlicher Hilfskassen, die sich die Arbeitslosenunterstützung angelegen sein lassen. Die Kommission stimmte diesen Vorschlägen mit voller Einmütigkeit zu. Bei der gegenwärtigen Konstellation in der französischen Minister- und Parteipolitik hat dieser Beschluß einige Aussicht auf baldige Verwirklichung.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Rahmenberger in Jülich haben den Streit mit guten Erfolgen beendet. — Die Dachdecker stehen in der Lohnbewegung in Bant-Wilhelmsbaven, Bremen und Geestemünde, außerdem partiell in Dortmund, Duisburg, Hamburg-Altona, Kiel, Leipzig und Osnabrück. — Die Brauer eroberten in Bochum, Düsseldorf und Wanne verbesserte Tarife. In Großleben war der Streit erfolgreich. — Die Metallarbeiter stehen noch im Streit in Wandsbeck, Cannstatt und Eberswalde, außerdem in heftigen Lohnkämpfen in Leipzig, Bamberg, Dortmund, Gasppe, Solingen, Durlach, Karlsruhe, Berlin, Zandorf, Bremerhaven und Magdeburg (bei Sommermeier). — In Eisenach haben sämtliche Schlichter der Fahrzeugfabrik die Arbeit niedergelegt. Grund: Die ungerechtfertigte Entlassung zweier Arbeiter. In München werden Montag die 1300 Arbeiter bei Waffel auf neue in den Streit treten, weil die Firma den eben erst geschaffenen Tarif auf ihre Weise „ausgelegt“. — In Welsch wurde die Eberre verkündigt über die Vereinigten Neapel- und Schloß-

Aus der Parteibewegung.

Parteitag und Frauenkonferenz. Am Donnerstag sprach Genosse **Webel** in einer Versammlung in Tempelhof über „Die Frau in Staat und Gesellschaft“. Er erklärte dabei nach dem „Vormärts“-Bericht: Der Ideenzirkel der Frauen, ihr Interesse und Verständnis für öffentliche Dinge erweitert sich ständig. Ein kleiner, aber sehr schlagender Beweis dafür liege u. a. darin, daß die Verhandlungen der diesjährigen Frauenkonferenz in Bremen geistig bedeutend höher gestanden hätten, wie die Verhandlungen des Bremer Männer-Parteitages. — Wir stimmen dem Genossen **Webel** darin zu, daß sich das Interesse der Frauen für öffentliche Dinge gehoben hat. Daß aber die Verhandlungen der Frauenkonferenz auf einer höheren geistigen Stufe gestanden hätten, wie die des Parteitages, ist eine Behauptung, die wohl mehr der bekannten Vorliebe des Genossen **Webel** für die Frauenbewegung als gerechtem Abwägen der Leistungen beider Tagungen entsprungen ist. —

Die große Justifikation, die sich an die bekannte Notiz von dem in einem Wiener Hospital erfolgten Tode eines angeblichen Verwandten des Kaisers knüpfte und sozialdemokratischen Redakteuren bisher nicht weniger als 20 Monate Gefängnis eintrug, hat nun dank staatsanwaltlichen Ueber-eifers einen für die Staatsanwaltschaft wenig rühmlichen Abschluß gefunden. Wie wir seinerzeit berichteten, war auch gegen die verantwortlichen Redakteure der „Bergischen Arbeiterstimme“ und der „Elberfelder Freien Presse“ ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden, nicht weil sie die für strafbar angesehene Notiz veröffentlicht hatten, sondern weil sie die Meldung eines Depeschensbüreaus über die Verurteilung eines Redakteurs wegen dieser Notiz veröffentlicht hatten. Dieses Verfahren hat nunmehr gegen beide Blätter eingestellt werden müssen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 7. November 1904.

— **Zur Gewerbegerichtswahl.** Ein bemerkenswertes Vorwissen spielte sich bei der Gewerbegerichtswahl in Sudenburg ab. Bei dem Andrang, der speziell am Abend in den vollkommen unzulänglichen Räumlichkeiten des Sudenburger Rathhauses herrschte, hielten es die Arbeitnehmerbeisitzer für notwendig, einzelne bekannte Personen zu bitten, sich an der Tür aufzustellen und die Wähler zu instruieren, damit das Wahlgeschäft einigermaßen glatt erledigt werden konnte. Einer dieser Ordner, der vorher Stimmpettel des Kartells verteilt und zur Kenntlichmachung eine kleine rote Schleife trug, hatte im Eifer seiner neuen Tätigkeit vergessen, das revolutionäre Abzeichen abzulegen, erregte dadurch aber das Mißfallen der Arbeit-gebebeisitzer **Fölsch** und **Dr. Möhrig**. Sie verlangten vom Vorsteher die Beseitigung des Abzeichens, dessen Farbe ja nicht nur auf Menschen wirkt, und nachdem dies geschehen, nahmen sie auch Anstoß an der Tätigkeit der Leute selbst, da sie befürchteten, daß von ihnen eine Kontrolle der

Zettel vorgenommen werde. In der Verwirrung, welche die rote Farbe angerichtet, übersehen sie ganz, daß die Hilfe dieser Personen eine einigermaßen vernünftige Abwicklung des Wahlgeschäfts gestattete, die sonst unmöglich gewesen wäre. Es würde im Gegenteil bestimmt zu unliebsamen Störungen gekommen sein. Wir bemerken, daß das Rathhaus allein in Zukunft nicht genügt, da diesmal **hundert** von Wählern, welche stundenlang, und gar auf der Straße, warten sollten, auf den Wahlakt verzichtet haben. —

— **Zur Feste gegen die Konsumvereine.** Nachdem wir bereits wiederholt auf die Geheim-Enquete der Gewerbetamern gegen die Konsumvereine hingewiesen haben, sind der „Konsumgenossenschaft, Rundschau“ aus vielen Orten Mitteilungen zugegangen, daß man dort auch eine solche Enquete vorzunehmen vermag. Zu den größeren Handwerkskammern, welche Gesinnungs-schnüffelei gegen die Konsumvereine treiben, ist auch die Staffeler zu rechnen. An manchen Orten geht man sogar so weit, daß man städtische Beamte mit der Aufnahme der Enquete betraut. So ging dem Konsumverein in **Soyum** der Fragebogen der Gewerbetammer durch den **Polizeibeamten** zu, und zwar war der Fragebogen mit dem **Magistratsstempel** versehen. Als aber der Vorstand des Konsumvereins auch noch eine Unterschrift verlangte, wurde der Fragebogen nicht wiedergebracht. — Auch in **Dejau** hat man Erhebungen durch einen Schutzmann vornehmen lassen. Ob die wirklich nichts Besseres zu tun haben?

— **Die Bücheransgabe in der Wilhelmstadt.** Um das Publikum schneller abfertigen zu können, wird die Bücherausgabe in der Wilhelmstadt — Schulgebäude in der Annastraße — außer **Mittwoch** und **Sonntags** auch noch an jedem **Dienstag** abends von 6—9 Uhr geöffnet. Die Entnahme der Bücher erfolgt betamlich kostenlos. —

— **Von der 4. Gendarmerie-Brigade** erhalten wir folgende Zuschrift:

An die Redaktion der „Volksstimme“

Auf Grund des § 11 des Reichspressgesetzes ersuche ich die Redaktion um Aufnahme folgender Berichtigung:

Die Nr. 176 der „Volksstimme“ enthält in der Beilage unter der Spitzmarke „Schon wieder die Notizen des Ueberwachenden“ einen Bericht über einen Beleidigungsprozeß des Gewerbeinspektors **Häusler** in Halberstadt gegen den Genossen **Schinkel**, und führt aus, daß des letzteren Freisprechung deshalb erfolgt sei, weil das Gericht der beschworenen Aussage des Zeugen, **Gendarm Peters**, keinen Wert beigelegt habe.

Diese Darstellung widerspricht den Tatsachen. Die Strafammer zu Halberstadt hat vielmehr in dem Urteil die Auszeichnungen des **Gendarmen Peters** und die von ihm auf Grund dieser gemachten eidlichen Zeugenaussage für durchaus zuverlässig erklärt und die Freisprechung nur eintreten lassen, weil dem Genossen **Schinkel** der Schutz des § 193 Reichsstrafgesetzbuchs — Wahrnehmung berechtigter Interessen — zur Seite stand.

Ich ersuche um 1 Exemplar der die Berichtigung enthaltenden Zeitschrift.

v. Beerlingen, Oberst und Brigadier.

Der Herr Oberst ist im Irrtum. Wenn das Gericht den Aussagen des **Gendarmen Peters** irgendwelchen Wert beigelegt hätte, dann wäre **Sch.** trotz des § 193 verur-

teilt worden. Der § 193 wäre dann höchstens als Grund zu einer Ermäßigung der Strafe in Frage gekommen. Im übrigen werden wir auf die Begründung des Urteils noch näher einzugehen haben, sobald es uns in der schriftlichen Ausfertigung vorliegt. —

Provinz und Umgegend.

Zur Reichstagsnachwahl im Kreise Jerichow 1 u. 2.
Antisemitismus und Wahlrecht.

In einer Zeit, in der die Scharfmacherblätter das bestehende Wahlrecht als **Serbenwahlrecht** bezeichnen, in der Korrespondenzen gegen das Wahlrecht gegründet, **Selber** für die Agitation zu seiner Aenderung gelangt werden, in der einflussreiche Politiker ganz unüberhüllt Aenderung des Wahlrechts verlangen und der **Reichskanzler** selbst im Herrenhaus erklärte:

Wenn die deutschen Wähler von dem bestehenden Wahlrecht keinen richtigen Gebrauch zu machen verstehen, so werden sie sich nicht wundern können, wenn früher oder später das Dilemma entsteht, ob der Zukunftsstaat mit seiner Zuchthausordnung und seiner Güterteilung etabliert, oder ob das bestehende Wahlrecht durch ein anderes ersetzt werden soll;

in einer solchen Zeit ist die Haupt- und Grundfrage, die allen Reichstagskandidaten vorgelegt werden muß, die Frage nach ihrer Stellung zum Wahlrecht. Durch direkte Anfragen an die Kandidaten wird man allerdings nicht erfahren können, ob man es mit einem Anhänger des jetzt bestehenden Wahlrechts oder mit einem Gegner zu tun hat. Denn solange man noch nicht gewählt ist, muß man natürlich Liebe zum „Serbenwahlrecht“ heucheln. Deshalb erklären sich auch alle Kandidaten, die jetzt in Jerichow um das Mandat ringen, für das jetztige Wahlrecht. Was von diesen Erklärungen aber zu halten ist, das ergibt sich, wenn man die Partei, der der betreffende Kandidat sich anschließen will, daraufhin prüft, ob sie in Wahlrechtsfragen zuverlässig erscheint oder nicht. Das soll jetzt von unserer Seite aus geschehen, wobei wir den Anfang bei den Antisemiten machen.

Nicht etwa, weil wir die Kandidatur des Herrn **Wohlfarth** für besonders gefährlich halten. Aber Herr **Wohlfarth** hat, hat uns der Verleumdung beschuldigt, weil wir geschrieben hatten, derselbe Zimmermann, der im Wahlkreise Jerichow 1 und 2 sich für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ausspreche, trete in Sachen für ein reaktionäres Ständewahlrecht ein. Wir müssen daher wohl oder übel die antisemitische Wahrheitsliebe etwas näher beleuchten.

Laßt Programm fordern die Antisemiten das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Das müssen sie, weil jede Einschränkung des jetzigen Wahlrechts sie mittreffen würde. Darauf, und nicht auf demokratische Umwandlungen stützt sich die Anhängererschaft der Antisemiten an das Wahlrecht, im Kern sind sie eine durchaus reaktionäre Partei. Sie haben alle die Geschäftsordnungsbrüche im Reichstag bei der Beratung des Zolltarifs mitgemacht, obgleich sie nachher gegen den Tarif stimmten, weil ihnen die Zoll-

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Hegeler.

(46. Fortsetzung.)

Mit einem plötzlichen Ruck hatte Fritz den Keller zurückgeschoben und lehnte sich im Sofa zurück.

„Was ist?“ fragte sie erstaunt.

Die warmen Strahlen der Nachmittagssonne fielen schräg ins Zimmer, und umgittert von diesem rotglühenden Duft saß Marianne vor ihm, so hinreißend schön, daß ihn ein plötzlicher Schreck ergriff.

„Das hätte ich nicht gedacht, daß wir uns mal so gegenüber sitzen würden. Ich hatte mir geschworen, Sie nie wieder zu sehen.“

Sie schweig, während ein leises Zittern sie besiel. Nach einer kleinen Weile fragte sie:

„Sßen Sie nicht noch etwas? Sonst lasse ich abräumen.“

„Sie, eine Pfarrersfrau! Meines Bruders Frau! Mein Gott, wenn mir das damals einer gesagt hätte — ich hätte ihn ausgelacht.“

Marianne stand auf und ging, ihn mit einem vorwurfsvollen Blick streifend, ins Nebenzimmer. Nach einigen Augenblicken kam sie mit einer Zigarrenkiste wieder.

„Ich weiß nicht, wie sie sind.“ —

Diese Art, ihn zu überhören, reizte ihn. Während das Mädchen kam und abräumte, maß er Marianne mit trostigen Blicken. Sie blickte auf die Uhr und fing von seiner Mutter an zu sprechen. Aber mitten in ihren Worten sagte er:

„Ich habe mich noch gar nicht bei Ihnen bedankt. Denn eigentlich sind Sie an meinem Glück schuld. — Damals in Urdenbach war ich auf dem besten Wege zu verkommen. Ich war so herunter, daß ich oft dachte, es sei das Beste, mir eine Kugel durch den Kopf zu schießen. Aber erst, als es mir ganz elend ging, sah ich ein, daß ich doch noch Ansprache ans Leben stellen konnte. Und da habe ich mich herausgearbeitet.“

„Sehen Sie, so ist noch alles zum Guten ausgeschlagen!“ jagte sie mit schwachem Lächeln.

„Ja. — Sie haben mich ganz heruntergebracht. Und dann habe ich mich herausgearbeitet — Ihnen zum Trost. Ich dachte: soll ich einer Frau wegen zugrunde gehen? Das wäre doch schon —“

Er drehte die Zigarre in seinen Fingern, daß das Deckblatt sich knisternd löste.

„Sie haben das Vergangene verwunden und wir wollen es nicht wieder aufrühren. Nicht wahr?“

„Verwunden? — Ich habe nichts verwunden. Ich liebe Sie noch ebenso wahnsinnig und toll wie je.“

Marianne war aufgesprungen; blaß, aus ihren schwarz getränen, tränengefüllten Augen ihn anstarrend, jagte sie bebend:

„Das ist niederträchtig. Mir das zu sagen. — Entschuldigen Sie, wenn ich Sie allein lasse.“ —

Sie schob zitternd den Stuhl unter den Tisch und schritt, am ganzen Körper bebend, zur Tür.

„Da wir uns wohl nie wiedersehen, beantworten Sie mir eine Frage!“

Das Gesicht der Tür zuwendend, die Klinke schon in der Hand, fragte sie hart:

„Was wollen Sie?“

„Warum laufen Sie jetzt feige davon? Sie wissen, daß Sie mir Rechenschaft schuldig sind.“

„Ich Ihnen?“

„Ja, und davor haben Sie Angst. — Ihre Zughastigkeit ist ja nur Feigheit.“

„Ich, Angst?“ jagte sie höhnisch, näher kommend und ihn mit zornigen Blicken messend. „Vor Ihnen am wenigsten.“

„Ja, doch, Sie haben Angst. Sie können mir ja nicht mal ins Auge sehen — solche Angst haben Sie. Sie haben mit mir gespielt — ein Spiel auf Leben und Tod! Wenn ich mir eine Kugel durch den Kopf geschossen hätte, kein Mensch hätte schuld gehabt als Sie. Und das wissen Sie. Und wenn Sie einen Funken Gewissen haben, dann stehen Sie mir jetzt Rede.“

„Worüber?“

„Warum Sie mit mir gespielt haben?“

„Ich habe nicht mit Ihnen gespielt!“

„Was! Sie haben nie was von meiner Liebe gemerkt? Sie haben sie nie mit Zugebändnissen geschürt?“

„Nie! Nie!“

„Ach!“ schrie er und warf sich in einen Stuhl, daß auf dem Bord über ihm die Nippeschen tanzten. „Ich hätte wenigstens gedacht, daß Sie ehrlieh wären.“

„Was Sie auch gedacht haben, alles bestand in Ihrer Einbildung.“

„Alles bestand in meiner Einbildung?“

„Solange ich Sie beide kannte —“ fuhr Marianne fort — „habe ich nur Ihren Bruder geliebt.“

„Dann allerdings! Dann allerdings! Dann wäre ich ja der größte Narr, der je gelebt hat. Dann hätte ich mir aus Einbildungen das Leben ruiniert. — Dann sagen Sie mir nur noch eins. Und ich will schon und Ihnen Abbitte tun und überzeugt sein, daß ich ganz allein an meinem Unglück schuld bin. Aber das eine sagen Sie mir! Ich hatte mein Leben darauf gebaut. — Als ich damals krank lag, nach der Affäre — ich lag zwischen Leben und Sterben, und eins war mir so egal wie das andre — da sind Sie nicht zu mir hereingekommen — das war nur meine Einbildung, Fieberphantasie — das waren nicht Sie, die hereinkam, meine Hand nahm — das waren nicht Sie —“

Er stand vor ihr, halb gebückt, in gleicher Größe wie sie, und sprach in bebendem Flüstern auf sie ein.

„Das waren nicht Sie —?“

Wie ein Ertrinkender nach Luft, rang Marianne nach einer Antwort. Aber so furchtbar heftig und innermartet war die Gewalt dieses Angriffs, daß sie allen Haß verlor. Sich auf einen Stuhl fallen lassend, brach sie in trampfhaftes Schluchzen aus.

„Das war damals der einzige Gedanke, der mich am Leben hielt. Und das ist er auch heute noch. — Ich kann meine Liebe nicht verwinden.“

„Warum sagen Sie das alles?“

Marianne sprang auf, in sinnloser Angst, mit ihrem tränenüberströmten Gesicht ihn ansehend. Und in neues Schluchzen ausbrechend, lief sie aus dem Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

läge zu niedrig waren; sie machen alle andern reaktionären Vorschläge zu den ihrigen, z. B. geschah dieses bei der Buchhandlungsreform, der Lex Heinze; sie sträuben sich gegen eine Neueinteilung der Wahlkreise, obwohl die jetzige Einteilung das gleiche Wahlrecht ganz aufgehoben hat, sie werden auch sofort für eine Änderung des Wahlrechts sein, sobald diese in einer Weise erfolgt, die ihnen ihre Fortexistenz als Parteien ermöglicht. In einem der unzähligen früheren antisemitischen Programme wurde ja auch für das Parlament ein Wahlrecht nach Berufsständen verlangt und der Abgeordnete Zimmermann hat sich in Sachsen, als die Regierung ein ähnliches Wahlrecht vorschlug, dafür ausgesprochen, wenn auch mit einigem Vorbehalte. Er wollte den Regierungsentwurf nämlich noch verschlechtern.

Die Vorliebe der Antisemiten für ein berufsständisches Parlament ist begrifflich. Künstler waren sie ja schon von jeher und ein Ständeparlament bedeutete nichts anderes, als ein parlamentarisches Künstlertum. Es ist dieses auch ein Wahlsystem, bei dem die Antisemiten gewinnen könnten, was natürlich gleichfalls nicht ohne Einfluß auf ihre Stellungnahme ist.

Die sächsische Regierung schlug damals vor, drei nach der Steuerleistung abgestufte Klassen zu schaffen, deren jede 16 Abgeordnete wählen sollte. Außerdem sollten die Güterbesitzer 15, Handel und Industrie 10 und Kleinhandel, Handwerk und Kleingewerbe ebenfalls 10 Abgeordnete wählen. Als dieser Vorschlag veröffentlicht war, hielten die Antisemiten Sachsens eine Landesversammlung ab, in der Zimmermann referierte. Die angenommene Resolution bezeichnete die Reformvorschläge als Fortschritt. Weiter verlangte man Einführung der Wahlpflicht, Ausschließung vorbestrafter Personen vom Wahlrecht, Beschränkung desselben auf „festhafte“ Personen und — bei etwaiger Einführung eines Zensuswahlrechts Erhöhung des früher gültigen Wahlsensus von 3 Mark auf 6 bis 8 Mark. Außerdem forderte die Resolution ein Wahlrecht, das zwar den Arbeitern eine Vertretung gibt, die Sozialdemokraten aber vom Landtag ausschließt.

Am 8. Februar 1904 verhandelte der sächsische Landtag über die Vorschläge der Regierung. Dabei vertrat Zimmermann die in der Resolution erhobenen Forderungen. Man überwies die Angelegenheit einer Kommission, die den ganzen Regierungsvorschlag zurückwies. Auch die Minderheit hatte sich gegen die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen oder ihm nahestehenden Wahlrechts ausgesprochen und der Abgeordnete Zimmermann schloß sich ausdrücklich dieser Erklärung an.

So vollzogen sich die Dinge, als man daran ging, das Wahlrecht zum sächsischen Landtage zu reformieren. Unsere Leser werden an der Hand dieser tatsächlichen Vorgänge entscheiden können, wie es mit der Wahrheitsliebe des Antisemiten Zimmermann bestellt ist. Sie sehen aber auch, was man von der Vorliebe einer Partei für das Reichstagswahlrecht zu halten hat, deren Vertreter in den Landtagen sich als fanatische Gegner des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gebärden. Denn auch bei der Landtagswahlreform in Hessen haben sich die Antisemiten nach Kräften bemüht, jede Verbesserung des Wahlrechts hinauszuhalten.

Die reaktionäre Gesinnung der Antisemiten verleugnet sich nie. Mögen sie ihre Vorliebe für das Reichstagswahlrecht jetzt im Wahlkampf noch so sehr beteuern, wenn es gilt, dieses zu verschlechtern, werden die Antisemiten die ersten sein, die dabei mitmachen, sofern ihre speziellen Parteiwünsche gebührende Berücksichtigung erfahren.

Burg. Die Parteigenossen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß ein jeder im Laufe dieser Woche die Wahlverluste einsehen muß. Denke keiner, daß er doch in der Wählerliste steht, weil er in Burg geboren oder schon lange Jahre in Burg wohnt. Die Möglichkeit ist immer nicht ausgeschlossen, daß aus Versehen sein Name weggelassen. Diejenigen, denen es nicht möglich ist, selbst nachzugehen, können sich bei den Genossen Pohmann, Kleiner Hof 6, Magdajubel, Kesselfstraße 6, und Katurbe, Berlinerstraße 46 (Eingang Turmstraße), melden.

Wahlplacardien. Wegen Flugblattverbreitung an einem Sonntag haben einige Genossen aus Brandenburg Strafmandate in Höhe von 5 Mark erhalten. Die betroffenen Genossen haben am 9. Oktober in Str.-Wustrow Flugblätter zur Reichstagswahl ausgegeben. Die Flugblattpakete waren verhängt und auch nur so klein, daß zum Fortschaffen derselben eine gewisse körperliche Anstrengung, wie sie nach einer reinen Entscheidung des Kammergerichts erforderlich sein muß, um den Begriff „körperlich anstrengende Arbeit“ zu definieren, nicht nötig war. Es kann also von einer öffentlich bemerkbaren Arbeit nicht die Rede sein. Auch eine gewerbliche Verrichtung lag nicht vor. Wozu also die Strafmandate? Wozu die Placardien? Die betroffenen Genossen werden es selbstverständlich auf die gerichtliche Entscheidung ankommen lassen.

Zur Reichstags-Nachwahl in Calbe-Mechtersleben.

Der „deutsche Syron“ — Reichstagskandidat. Der „Magdeb. Zig.“ wird aus Hirschleben unter dem Datum vom 6. November telegraphiert: „Die heutige sehr stark besuchte Vertrauensmännerversammlung beschloß die Aufforderung des Majors d. L. und Kaufmanns Plade und einstimmig ein energisches Eintreten für dessen Wahl. Herr Plade nahm unter begeisterten Zurufen die Kandidatur an.“ Wir freuen uns mit den Nationalliberalen über die gestroffene Wahl, da wir in Herrn Plade den allergünstigsten Kandidaten zum Durchfallen erblicken. Zu Sonderkandidaturen der Konservativen, Bündler und Antisemiten kommt es nun wahrscheinlich nicht. Herr Plade genügt allen Anforderungen.

Den Arbeitern im Wahlkreis Calbe-Mechtersleben erwächst aber von der Aufgabe, das deutsche Parlament vor ähnlichen Szenen zu bewahren, wie sie das französische Parlament am Freitag bot. Für Politiker, die danach ge-

lüssen, die Rolle des „deutschen Syron“ zu spielen, ist kein Platz im deutschen Parlament.

Am 8. d. Mis. fand im Schützenhaus zu Barby eine Versammlung statt zwecks Gründung einer Filiale des Handwerker-Bundes.

Den Ausführungen des Referenten, Herrn Voigt-Vertin-Friedenau, hörten circa 70 Personen zu, von denen die Hälfte Handwerker waren. Der Herr tat sehr entzückt, daß die Regierung den bekannten Forderungen des Handwerkers immer noch keine Folge gegeben, hauptsächlich sah er den Minister Möller recht sehr beim Stragen. Auch ging er mit einigen bürgerlichen Parteien recht scharf ins Gericht. Vor allem hat er die freiköniglichen und Nationalliberalen im Visier. Die ersten, weil sie das Jobbertum vertreten, die letzteren, weil sie Vertreter des Großkapitals sind und vor den Wahlen Versprechungen machen, die nachher nicht gehalten werden. Darum soll den Kandidaten jetzt das sogenannte Bundesprogramm zur Unterschrift vorgelegt werden; wer darauf nicht eingeht, wird nicht gewählt. Diese Parole brachte einen Oberlehrer fast zur Verzweiflung, ihm bangte bei einem Festhalten an dieser Forderung vor dem Ausgang der Wahl. Herr Voigt empfand denn auch ein menschlich Mitleiden, indem er sich beeilte zu erklären, daß die Lehrer ja auch zum Mittelstand gehören und daß die Handwerker einen Sozialdemokraten nicht wählen würden, aber durch ihre Unterschrift müßten sich die Herren Kandidaten binden. Das Vertrauen der Handwerker sei von den bürgerlichen Kandidaten eben schon zu oft geküßelt worden.

Unsere Genossen, die in der Versammlung anwesend waren, melkten sich nicht zum Wort, weil die Handwerker ebenso wie die Arbeiter den Kampf gegen das Kapital aufnehmen wollen, freilich mit dem Unterschied, daß dieselben sich an die Nachschiffe des Kapitals hängen und auf diese Weise den Lauf desselben aufhalten wollen, während die Sozialdemokraten im offenen ehrlichen Kampfe das erringen wollen, was für alle Bedrückten zum Vorteil ist. Die Sozialdemokratie ist nicht so ängstlich, zu glauben, die Welt gehe aus den Fugen, wenn die Vertreter des Kapitals aus ihren irdischen Himmeln fallen. Schließlich wollten unsere Genossen auch die Harmonie der Versammlung nicht stören, denn wer tötet gern ein so unschuldiges Wesen wie den Handwerker-Bund durch rauhen Eingriff in das zarte Leben.

Schönebeck. Am Freitag abend fand in der „Tonhalle“ eine Handwerker-Versammlung statt, in welcher der Antisemitisch Voigt-Friedenau über „Der Niedergang des Handwerkers und seine Auferstehung“ referierte. Er führt kurz folgendes aus: Wer heute einen großen Geldsack und keine Kenntnisse hat, der kann doch ein tüchtiger Handwerker sein. Die Geschehung liegt im argen. Der frühere Handelsminister von Preußen hat... ein Gesetzentwurf eingebracht wegen des Befähigungsnachweises; aber die gewählte, nach Oesterreich geschickte Kommission, welche dort Erfindungen einsehen sollte, hätte sich bei einem jüdischen Handwerker namens Mangel erkundigt, und der hätte von der Einrichtung des Befähigungsnachweises abgeraten. Darauf sei das Gesetz gefallen. Die freie Summe liegt sich fortwährend mit der Zwangsumme in den Haaren, das muß geändert werden. Der Handwerker hat Pflichten und keine Rechte. Der Handwerker verlangt Mindestpreise, Abschaffung der Buchhändler- und Gefängnisarbeit, Regelung des Submissionswesens in der Weise, daß der Mittelstand den Zuschlag erhält, Abschaffung der Warenhäuser und Konsumvereine bezw. Knebelung derselben durch die progressive Umsatzsteuer, die so hoch steigen soll, daß der Umsatz nicht mehr gesteigert werden kann. Da kauft dann zuletzt niemand mehr in der großen Schund- und Plunderläden a la Warenhäuser, sondern jeder kehrt zurück in die Arme des Handwerkers und läßt sich da das Fell über die Ohren ziehen. Die Alters- und Invalidenrente soll auf das Handwerk ausgedehnt werden.

Herr Voigt erklärte weiter, zur bevorstehenden Reichstagswahl wolle der Bund der Handwerker sein Programm den einzelnen Kandidaten vorlegen, und es soll nur für diejenigen agiert werden, der schriftlich das Programm des Bundes anerkennt.

Herr Plade wird das Handwerkerbündler-Programm ebenso schlachten wie das Bauernbündler-Programm.

Centlin, 5. November. (Funkerliche Schulpaläste) gibt es nicht nur im Osten unrer schulfreundlichen Monarchie, wie folgende Notiz der Berliner „Vollzeitung“ beweist. Darin heißt es: In dem dicht bei Rathenow belegenen Orte Neufriedrichsdorf wurde am Montag der Schulunterricht eingeleitet, weil in dem Schulzimmer kein Ofen vorhanden ist. Der früher dort stehende Ofen wurde wegen Platzmangels im Frühjahr abgerissen und kein anderer wieder aufgestellt, weil man hoffte, daß der Schulhausneubau zum Herbst vollendet sein würde. Dies ist auch geschehen, aber die Gemeindebehörde hat mit der Regierung einen kleinen Schulkonflikt wegen des Baues, und sie will deshalb vor Eröffnung der Schulen die neue Schule nicht beziehen lassen. In dem ungeheizten Schulzimmer der alten Schule konnten schließlich Lehrer und Schüler nicht mehr vor Kälte aushalten, weshalb der Unterricht bis auf weiteres eingestellt wurde.

Halberstadt, 7. November. (Einen freivol vom Zaune gebrochenen Streif) nennt die von Unternehmern bediente „Magdeb. Zig.“ die von Unternehmern frivoll herbeigeführte Ausföhrung der Tabakarbeiter. Es genügt wohl, diese Unverschämtheit hienmit gebührend niedriger zu hängen.

Halberstadt, 8. November. (Stadtverordnetenversammlung) Am Dienstag den 8. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet eine Stadtverordnetenversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. Errichtung einer städtischen Hand- u. Näherschule.

(Der neue Gefangenen-Transportwagen) ist jetzt endlich der Polizeiverwaltung zur Verfügung gestellt. Halberstadt wird Großstadt. Nun fehlt die Dampfprize noch.

Halberstadt, 5. November. (Die Fahrpreiserhöhung auf der elektrischen Straßenbahn) scheint auf die lange Bank geschoben zu sein. Wenigstens hört man davon nichts mehr. Wir sind das schon gewöhnt vom Magistrat, daß, wenn von Seiten der Arbeiter etwas angesetzt wird, darauf kaum eine Antwort erfolgt. Wir haben schon bei anderer Gelegenheit angedeutet, daß durch die Einführung der Fahrpreiserhöhung die Einkommen sich bedeutend erhöhen würden und das muß auch der Magistrat, der sonst doch immer seinen kaufmännischen Grundsätzen getreu bleibt, wissen. Wir können deshalb absolut nicht verstehen, warum diese Mehrnahmen der Stadt nicht zugeführt werden. Hierzu wäre doch die Stadtwirtschaft eigentlich verpflichtet! Aber nein — es sind ja „nur“ Arbeiter, die etwas von ihm wünschen! Will es aber für die Hochfinanzstellung oder dergleichen etwas zu tun, da glänzt sofort unsere Behörde, da kommt es ihr gar nicht darauf an, sich nachträglich Gelder zu solchen Zwecken von den Stadtverordneten bewilligen zu lassen. Wenn diese auch anfangs darüber murren, aber sie bewilligen sie doch.

Vor Jahresfrist wurde nach längerer Debatte, woran sich unser Stadtkorrespondent merkwürdigerweise recht lebhaft beteiligte, die Konsumvereine für Schenkvereine aufgehoben, um der Ungezucht und Bällerei wirksam entgegenzutreten zu können, um das „alte ehrwürdige Schenkvereinsband“ vor dem Untergang zu retten. Nun hat die Stadt, man sollte es kaum für möglich halten, in einem fäktischen Vertriebe, und zwar auf dem Schlachthof, eine Restauration eingerichtet, obgleich in der Umgegend des Schlachthofs Restaurationen in mehr als aus-

gegen den Restaurationsunflug wetteifern, geben hier ohne irgendwelches Bedenken ihre Zustimmung und jedenfalls deswegen, weil es der Stadt jährlich 500 Mark Miete einbringt. Es fehlt nur noch, daß auf dem Elektrizitätswert und der Gas- und Wasseranstalt auch noch Restaurationen eingerichtet werden! So gibt es noch eine ganze Reihe von Dingen, welche in Erörterung gezogen werden könnten, um das sozialpolitische Verhältnis unserer ehrwürdigen Stadtbürger zu beleuchten. Die Interessen und Wünsche der Arbeiter werden erst dann gewürdigt werden, wenn sie selbst Stadtverordnete aus ihren eignen Reihen entsenden und dazu ist am 14. und 15. November die beste Gelegenheit geboten.

Schönebeck, 5. November. (Volkvereinsversammlung) Die am Donnerstag stattgefundene Versammlung des Volkvereins befaßte sich mit der bevorstehenden Reichstagswahl. Vor dem gebachte der Vorsitzende, Genosse Peter, in warmen Worten des freiwillig aus dem Leben geschiedenen Genossen Albert Schmidt, und erhoben sich die Anwesenden zum Andenken von ihren Plätzen. Im ersten Punkt „Zunehmende Vereinsangelegenheiten“, zog der Vorsitzende das Verhältnis der Stimmenzahl bei der Reichstagswahl zu der Mitgliederzahl des Volkvereins in Betracht und kam zu dem Resultat, daß im Volkverein noch viel zu wenig Mitglieder seien, und daß deshalb nachhinzustreben sei, für den Volkverein mehr Mitglieder zu werben. Die Abrechnung konnte nicht erfolgen, da dieselbe infolge Abreise des früheren Untertasslers noch nicht fertig gestellt war. Es wurde Genosse Wajmann für diesen Posten gewählt. Zur bevorstehenden Reichstagswahl wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß dieser den Beschluß gefaßt habe, Wahlfonds zu sammeln für 25 und 50 Pfg. auszugeben; außerdem sollen noch Sammelkisten in genügender Anzahl in Umlauf gesetzt werden. Auch sollen bei dieser Wahl die Wählerlisten abgeschrieben werden. Der Wunsch der gegnerischen Versammlungen soll sich danach richten, ob Redefreiheit gewährt wird oder nicht. Wird es von den Gegnern wieder so gehandhabt wie bei der letzten Wahl, wo in den Annoncen bekannt gemacht war: „Sozialdemokraten haben keinen Zutritt!“ so werde man nicht hingehen. Von der Wahl eines Wahlkomitees wurde Abstand genommen und beschlossen, eine kombinierte Versammlung für die drei Orte Frohe, Selge und Schönebeck stattfinden zu lassen, in welcher Genosse Aug. Müller-Magdeburg sprechen und wo die Wahl des Komitees und der Delegierten zur Kreisversammlung vorgenommen werden soll.

Stahfurt, 5. November. (Zur Gründung des politischen Konsumvereins in Leopoldshall) schreibt heute die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“: Wie wir aus der Tagespresse erfahren, beabsichtigt Herr Berggrat Gaute in Leopoldshall einen Konsumverein für die Orte Leopoldshall, Heßlingen, Gärten, Rathmannsdorf und Reudorf zu gründen. Er hofft die Bergbeamten und die Bergarbeiter für den Konsumverein zu interessieren und verfolgt die Absicht, die Arbeiter von den bestehenden Konsumvereinen „loszumachen“ und sie zu „reichtreuen Wählern“ zu erziehen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß eine Konsumgenossenschaft, die den Zweck hat, für irgend eine politische Richtung — gleichgültig, ob diese Richtung sich reichstreuen oder sozialdemokratisch nennt — Propaganda zu machen, gegen den § 81 des Genossenschaftsgesetzes verstößt und aufgelöst werden kann, ohne daß ein Anspruch auf Entschädigung stattfindet. Wir können daher den Bergbeamten und Arbeitern der oben genannten Orte nur dringend raten, dem von Herrn Berggrat Gaute geplanten Konsumverein fern zu bleiben, da sie durch den Beitritt Gefahr laufen, ihr eingezahltes Anteils-kapital zu verlieren.

Während die Konsumvereine des Zentralverbandes, die ja bekanntlich von den Gegnern vielfach als „sozialdemokratisch-politisch“ verdächtigt werden, sich ängstlich jeder politischen Stellungnahme enthalten und sich streng auf den Standpunkt der Neutralität stellen, beginnt ein höherer Beamter in offensichtlichem Verstoß gegen die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes einen politischen Konsumverein zu errichten. Das ist gewiß charakteristisch für die Art und Weise, wie in Deutschland der Kampf gegen die Konsumvereine geführt wird. Am schlimmsten allerdings fahren bei dieser Art der Bekämpfung der Konsumvereine die „Kassaberhaltenden“ Kräfte, die natürlich zwischen zwei Mählsteinen kommen und auch ihre Rundschau verlieren.

Stendal, 5. November. (Schuh den Bauherren!) Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich in der letzten Strafkammer-Sitzung der Zimmermeister Wilhelm Riede aus Stening zu verantworten. Der Angeklagte, welcher im Juli d. J. die Zimmerarbeiten bei einem neu zu erbauenden Stallgebäude in Wegenstedt verrichtete, soll hierbei nicht die vorgezeichneten Sicherheitsmaßregeln getroffen haben und zwar soll er, bevor die Dacharbeiten vollständig beendet waren, die Arbeit auf dem ersten und zweiten Stock, welche ein Durchfallen von Material verhindern soll, bis auf einige Laufbretter haben befeitigen lassen. Infolge dessen trat den unten stehenden, am Bau beteiligten Kräften Schindeln ein von oben herunterfallendes Brett herab auf den Kopf, daß er einen doppelten Schädelbruch erlitt und sofort in das Krankenhaus zu Magdeburg überführt werden mußte. Die erhaltene Verletzung war jedoch eine derart schwere, daß Heinrichs noch am selben Tage starb. Der Angeklagte meinte, wenn der Verunglückte etwas vorichtigere gehandelt hätte, wäre das Unglück vermieden worden. (Das alte Interneschmerlied!) Die Staatsanwaltschaft beantragte, ihm eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten aufzuerlegen. Der Gerichtshof schloß sich jedoch diesem Antrag nicht an und erkannte auf Freisprechung!

Hirschleben, 4. November. (Die notleidende Landwirtschaft.) Aus den Kreisen der Landwirte wird uns geschrieben: Wie landläufig dieser Ausspruch nicht allein in den Städten, sondern auch auf dem platten Lande geworden ist, geht daraus hervor, daß man ihn schon als reinen Unsinn gegenständig anspricht. Und doch, es ist blutiger Ernst, daß die überwiegende Mehrzahl der deutschen Landwirte Not leidet, denn diese überwiegende Mehrzahl Landwirte sind keine Bauern die durch die Konkurrenz der großen Güter, welche billiger produzieren, meist auch im Besitz besseren Bodens sind, immer mehr aufgesaugt werden. Noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war der preußische Boden im Besitz von 30 000 Wülfen. Dank der „inneren Kolonisation“ (An siedlung) gab es 1895 in Preußen allerdings 100mal soviel Landbesitzer, nämlich 2 Millionen unter 2 Hektar, über 1 1/2 Millionen von 2 Hektar aufwärts. (1 Hektar = 4 preußische Morgen.) Man sieht, die große Masse verlor sich in wenig besitzenden, denn hierzu konnten noch eine große Anzahl Sämer, Säbner und Gäusler, die zwar ein scheinbares Eigentum in Gestalt ihres Hauschens usw. besitzen, die aber, wenn sie die darauf lastenden Schulden bezahlen sollten, ebenso arm dastehen, wie die andern Landproletarier.

„Der notleidenden Landwirtschaft“ muß geholfen werden! Durch einen Zoll auf das ausländische Getreide werde die inländische Produktion geschützt und die gesamte deutsche Landwirtschaft habe dadurch Nutzen, während der Konsument gar nicht belastet werde, da das Ausland den Zoll trage.“ So schreiben die Kornjunier — und die Bauern lassen sich blenden! Die Kornzölle helfen der großen Masse der Landwirte, den Bauern, wenig oder gar nicht, weil doch selbstverständlich nur derjenige einen Nutzen von den Getreidezöllen haben kann, der nennenswerte Mengen Getreide auf den Markt bringt.

Diese großen Herren, die Hunderte von Morgen ihr eigen nennen und teilweise mehrere Quadrarmellen an Flächeninhalt besitzen,

haben auch großen Nutzen von den Getreideböllen; die Bauern aber, die kleinen Besther und Arbeiter, die nicht einmal von der Landwirtschaft leben können, ohne eine andere Nebenbeschäftigung mit zu betreiben, sie werden zum Teil noch geschädigt, denn oft müssen sie noch Brot oder Mehl dazu kaufen, denn alle, die Brot kaufen müssen, zahlen mit dem Brotpreise auch den Zoll. Und so ist es mit dem Futtermittel für das Vieh; es ist um den Zoll teurer geworden. Es sind in den allermeisten Gegenden Deutschlands diese Kleinbauern gar nicht in der Lage, auch nur einen Saft Roggen, Weizen oder Gerste zu verkaufen. — Von jeder hat die sozialdemokratische Partei gegen diese Brotverwertung Protest erhoben und im Reichstag Anträge eingebracht, nicht nur um Aufhebung des Getreidezolls, sondern aller indirekten Steuern.

Es ist daher notwendig, daß die kleinen Bauern, Arbeiter und Handwerker aller Verufe auf dem Lande sich um das Banner der Sozialdemokratie scharen. —

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben, 5. November. (Parteiöffentlich) Am Sonntag den 13. November, nachmittags 3 Uhr, nicht wie es im Inverat erteiltlich hieß, 8 Uhr, findet in Magdeburg im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c, eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben statt.

Tagessordnung: 1. Vorstands- und Kassenbericht. 2. Bericht der Bezirksleiter. 3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 4. Verschiedenes. Agitiere jeder Genosse für zahlreicheren Besuch. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. J. U.: W. Ludwig.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei Salzwedel kam es kürzlich zwischen Zigeunern, die vom Kleiner Markt gekommen waren und beim Dorfe Hemmingen ihr Lager aufgeschlagen hatten, zu einer blutigen Schlägerei. Eine 50 Jahre alte Frau wurde dabei schwer verletzt. Ein Teil der Zigeuner zog dann weiter, die anderen aber blieben zurück und zeigten aus Mache zwei ihrer Stammesgenossen an, von denen einer zwischen Gardelegen und Köbze einen Zigeuner ermordet, der andere vor Jahren einen Geldschrankdiebstahl in Wiepe ausgeführt haben sollte. Gendarmen verfolgten die Zigeuner und verhafteten die beiden Angezeigten, die aber nach ihrer Vernehmung vor dem Gericht in Salzwedel wieder entlassen wurden. — Der Landwirt Eduard Heremann in Groß-Schierstedt ging kürzlich neben seinem mit Müllschiffen beladenen Wagen her, während seine Tochter die Kuh führte, wobei sie ihren Vater aus dem Auge verlor. Plötzlich rief sie ein des Weges kommender Mann herbei und sagte, ihrem Begleiter muß wohl ein Unglück zugefallen sein. Der Landwirt lag mitten auf dem Wege und es stellte sich heraus, daß die Räder seines eignen Wagens ihm über den Leib gegangen waren und ihn schwer verletzt hatten. Er sollte nach dem Krankenhaus gebracht werden, starb aber unterwegs. —

Herbst-Kontroll-Versammlungen 1904.

Kontrollbezirk Osterleben.

1. Kontrollplatz Wegeleben, „Gasthof zur Tanne“, Montag, 14. November, vormittags 8 1/2 Uhr. Aus den Ortsschaften: Wegeleben, Osterleben, Modersdorf.
2. Kontrollplatz Schwanebeck, „Severischer Gasthof“, Montag, 14. November, nachmittags 3 Uhr. Aus den Ortsschaften: Schwanebeck, Haus-Mienburg, Mienburg, Grottorf.
3. Kontrollplatz Grönningen, „Kaminischer Gasthof“, Dienstag, 16. November, vormittags 8 1/2 Uhr. Aus den Ortsschaften: Grönningen, Kloster-Grönningen, Deesdorf.
4. Kontrollplatz Cropspeck, „Gasthof zum Lindenhof“, Dienstag, 15. November, vormittags 11 1/4 Uhr. Aus den Ortsschaften: Cropspeck, Daldorf, Geborn.
5. Kontrollplatz Hornhausen, „Friedricher Gasthof“, Donnerstag, 17. November, vormittags 9 1/2 Uhr. Aus den Ortsschaften: Hornhausen, Meindorf, Weidendorf, Otterleben.
6. Kontrollplatz Oschersleben, „Gasthof zum Landhaus“, Donnerstag, 17. November, nachmittags 12 1/2 Uhr. Aus der Stadt Oschersleben die Mannschaften aller Waffen und der Marine der Jahrgänge 1897—1900. — Donnerstag 17. November, nachmittags 3 Uhr. Aus der Stadt Oschersleben die Mannschaften aller Waffen und der Marine der Jahrgänge 1901—1904, sowie diejenigen Mannschaften aller Waffen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1892 eingetretten sind. Ferner sämtliche Mannschaften aus den Ortsschaften Emmeringen, Neubrandesleben, Gordorf und Güntersdorf.
7. Kontrollplatz Neuwegerleben, „Bigsalsky Gasthof“, Freitag, 18. November, vormittags 7 1/2 Uhr. Aus den Ortsschaften: Neuwegerleben, Hamersleben, Günsleben, Wulferstedt.
8. Kontrollplatz Dedeleben, „Gasthof zum Hohenzollern“, Freitag, 18. November, nachmittags 2 Uhr. Aus den Ortsschaften: Dedeleben, Wabitorf, Vogelsdorf, Rohrsheim, Westerbürg.
9. Kontrollplatz Lüberleben, „Schützenring“, Sonnabend, 19. November, vormittags 7 1/2 Uhr. Aus den Ortsschaften: Wabersleben, Gut-Meinsfeld, Amberbeck.
10. Kontrollplatz Dardeshheim, „Gasthof zum braunen Hirsch“, Sonnabend, 19. November, vormittags 11 Uhr. Aus den Ortsschaften: Dardeshheim, Deersheim, Jilly.
11. Kontrollplatz Dingelstedt, „Gemeindebegrü“, Montag, 21. November, vormittags 11 1/2 Uhr. Aus den Ortsschaften: Dingelstedt, Röderhof, Eilsdorf.
12. Kontrollplatz Schlauchstedt, „Bögelsack Gasthof“, Montag, 21. November, nachmittags 3 Uhr. Aus den Ortsschaften: Schlauchstedt, Aderstedt, Eilenstedt.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 5. November 1904.

Wegen gefährlicher Körperverletzung wurde der Arbeiter Karl Eidi aus Schwabed, geboren 1885, vom Schöffengericht in Gommern am 22. September d. Z. zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Berufung wurde verworfen. —

Untersuchung. Der Versicherungsbeamte Karl Hampel, geboren 1846, Kassierer im Januar und Februar d. Z. für einen Arzt-Polizisten Rechnungen ein und soll von den Beträgen 36 Mark unterschlagen haben. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten am 15. September d. Z. zu 2 Wochen Gefängnis. Auf seine Berufung wurde das erste Urteil aufgehoben und der Angeklagte mit 50 Mark Geldstrafe ev. 10 Tagen Gefängnis belegt. —

Empfindlicher Zerkleinerer. Zu Schwaneberg war es unter den im Freie beschuldigten Arbeitern Sitte geworden, sich das Wort „Kudsch“ zuzureihen. Der Tagelöhner Spring war der Meinung, das Wort solle eine Mißachtung seiner Person ausdrücken und erstattete Anzeige. Vom Schöffengericht in Wangleben wurden am 8. September d. Z. fünf Personen wegen Beleidigung mit je 30 Mark Geldstrafe und eine Person mit 50 Mark Geldstrafe belegt. Die Berufungskammer hob dies Urteil auf und sprach die Angeklagten frei.

Friedlicher Dieb. Der vielmals bestrafte Schuhmacher Friedrich Grubh hier, geboren 1863, stahl am 12. September d. Z. einem Arbeiter-Zwangsarbeiter die Taschentücher, am 1. September einem Stubengesossen das Portemonnaie mit 23 1/2 Mark Inhalt. Ferner verurteilte Grubh in den Glacéarbeiten einen Arbeiter zu bestrafen, der auf einer Bank schlief. Bei der Vernehmung legte Grubh sich einen falschen Namen bei. Die Kammer erkannte auf 5 Jahre Zuchthaus, 1 Woche Haft, 5 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht. —

Kuppellei. Die verheiratete Marie geb. Baummeister hier, geboren 1870, wurde wegen Kuppellei 3 Tagen Gefängnis verurteilt. —

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 5. November 1904.

Von der Anklage des schweren Diebstahls wird der Maurer Wilhelm Hanemann aus Quedlinburg freigesprochen. —

Der vorbehaftete Arbeiter Bingen Quasnick aus Hasserode hat im Jahre 1902 einem dortigen Stellmacher eine Hade entwendet. Am 31. Mai d. Z. geriet Quasnick mit dem minorennen Sohn eines dortigen Landwirts aus nichtiger Ursache in Streit. Hierbei schlug er mit der Hade auf den jungen Burschen ein. Quasnick wird mit 6 Monaten Gefängnis und 5 Mark Geldstrafe ev. 1 Tag Haft bestraft.

Im August tat sich eine Schar Schuljungen und junge, der Schule kaum entwachsene Burschen zusammen, um ein „Käuberleben“ zu führen. Sie streiften nicht nur die äußersten Enden der auswärts liegenden Gärten und Gehöfte von Halberstadt ab, sondern zogen sich über die Thelenberge hinaus nach Blankenburg und bis nach Trebburg hin. Dabei verübten sie Diebstähle, Felddiebstähle, Landkreiden, Betteln, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch und Heberei. Verurteilt werden der vielfach vorbehaftete Fuderbäcker Alwin Abrath zu 6 Monaten 2 Wochen Gefängnis und 13 Tagen Haft, der Schulknabe Alfred Goltisch zu 6 Tagen Haft, der Schlosser Willi Hesse zu 2 Monaten 1 Woche Gefängnis und 10 Tagen Haft, der Arbeiter Otto Hesse zu 5 Monaten Gefängnis und 3 Tagen Haft, der Kutscher Gottlieb Wangermann zu 10 Tagen Haft, der Maurer Friedrich Wagnmann zu 3 Tagen Gefängnis und 17 Tagen Haft und der Fuderbäcker Ewald Abrath zu 3 Tagen Gefängnis. Im übrigen werden die Angeklagten freigesprochen, da ihnen die Einsicht zur Erkenntnis der Strafbarkeit des Hausfriedensbruchs, des Landstreichens und der Sachbeschädigung gefehlt hat. Bei Alwin Abrath, Hesse, Wangermann und Wagnmann gelten die Haftstrafen durch die Untersuchungshaft für verbüßt. Wangermann und Wagnmann werden auch in der Untersuchungshaft entlassen. Schließlich hat der Gerichtshof beschloffen, Alwin Abrath, Alfred Goltisch, Willi Hesse und Gottlieb Wangermann in Zwangsverziehung zu geben. —

In den letzten Septembertagen brachen der vorbehaftete Klempner Ludwig Hünje und der Hausdiener Willi Heinemann, beide aus Quedlinburg, ebendort ein und stahlen zwei Fahrräder, Schuhe und Stiefel im Werte von 236 Mark und Kleider im Werte von 1600 Mark. Wegen dreifachen schweren Diebstahls werden die beiden „Schweren Jungen“ bei zehnjährigem Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. —

Wegen schweren Diebstahls in zwei Fällen wird der vielfach vorbehaftete Schlosser Franz Beyeritz aus Osterwieck mit 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust bestraft. —

Wegen fahrlässiger Brandstiftung wird die verheiratete Anna Kramer geb. Spring aus Halberstadt zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt. —

Vom Schöffengericht zu Osterwieck wurde der Arbeiter Joseph Klander von dort wegen Körperverletzung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Berufung wurde verworfen. —

Vom Schöffengericht zu Quedlinburg wurde die verheiratete Marie Balm geb. Giesing wegen Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Mit Rücksicht auf die erdrückenden Beweise wird die Strafe auf 4 Monate Gefängnis erhöht. —

Vom Schöffengericht zu Halberstadt wurde der vorbehaftete Arbeiter Friedrich Polster aus Wegeleben wegen Widerstandes zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Seine Berufung wurde verworfen. —

Versehrtes Trinkwasser.

Der Prozeß wegen der Gelsenkirchener Typhus-Epidemie, der im Juli d. J. nach sechstägiger Verhandlung verurteilt werden mußte, gelangt Montag, 7. November, vor der dritten Erstsammer des Essener Landgerichts nochmals zur Verhandlung.

Im Herbst 1901 brach bekanntlich im Kreise Gelsenkirchen eine Typhus-Epidemie aus, die viele Tausende von Personen auf Krankenlager warf und Hunderte von Todesfällen verursachte. Aus Anlaß dieser furchtbaren Epidemie wurde von der Regierung eine wissenschaftliche Kommission, an deren Spitze der Direktor des Instituts für Infektionskrankheiten, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Robert Koch (Berlin), stand, beauftragt, nach der Ursache der verheerenden Seuche zu forschen. Die Kommission stellte fest, daß die Epidemie durch den Genuß des Leitungswassers verursacht worden sei, zumal sich die örtliche Ausdehnung der Epidemie mit einem bestimmten Teile des Wasserbezugsgebietes deckte. Die Infektion des Wassers soll durch ein Stichrohr erfolgt sein, das zuzeiten großen Wassermangels unfiltriertes Wasser unmittelbar aus der Ruhr in das Rohrnetzsystem des Wasserwerks führte. Diese Zuleitung unfiltrierten Rohwassers in das Wasserbezugsgebiet sollen verhindert haben: 1. der derzeitige Wasserwerksdirektor, Gerichtsassessor a. D. Eugen Hegeler-Gelsenkirchen, 2. der Wasserwerksdirektor Pfudels-Charlottenburg, 3. der Maschinenmeister Heinrich Kieselbach-Steele und 4. der frühere Wasserwerksdirektor Max Schmitt-Wiesbaden. Es wurde deshalb gegen die drei Direktoren die Anklage wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und Verfühlung von Nahrungsmitteln bzw. Genussmitteln, gegen den Maschinenmeister Kieselbach wegen Weisung hierzu erhoben.

Der dichtbesiedelte Kreis Gelsenkirchen bezog sein Wasser von dem Wasserwerk für das nördliche westfälische Hochland, Aktien-Gesellschaft. Das Werk hat etwa 100 Gemeinden bzw. Zonen und Mühlenwerke mit Wasser zu versorgen. Im letzten Verhandlungstage entspann sich auf Grund eines eingehenden Gutachtens des Hygienikers Professor Kruse (Worm) zwischen den Sachverständigen eine längere Aussprache über die Schieberstellungen und über die Ursache, daß die Orte Borbeck und Altenessen, die von der Jüllendorfer Leitung versorgt wurden, von der Epidemie verschont geblieben sind. Der technische Sachverständige, Professor Holz (Machen), erachtete es für äußerst wichtig, zur Klärung dieser Frage die Schieberstellung genau festzustellen. Da dieser Sachverständige auf Befragen des Vorsitzenden erklärte, daß er zur genauen Feststellung der Schieberstellung und Wasserlieferung etwa drei Wochen bedürfe, so beschloß der Gerichtshof auf Antrag des Staatsanwalts die Verhandlung zu vertagen, um dem Professor Holz zur Errichtung eines Gutachtens Zeit zu geben. Dieses Gutachten ist nunmehr schriftlich eingereicht worden.

Den Vorsitz des Gerichtshofs wird diesmal wieder Landgerichtsdirektor Fromm führen. Die Anklage vertritt wie in der ersten Verhandlung Staatsanwalt Dr. Schwidderath. Die Verteidigung führen Rechtsanwalt Dr. Ballack 1 und Rechtsanwalt Dr. Viktor Niemeyer (Worm a. d. Ruhr), Rechtsanwalt Dr. Günnebeck (Worm), Rechtsanwalt Dr. Hehner (Wiesbaden) und Rechtsanwalt Buchgermeier (Essen-Friedrich). Es sind wiederum zahlreiche Sachverständige unter diesen Geh. Medizinalrat Professor Dr. Koch (Berlin), der Hygieniker der Stadt Berlin, Professor Piefke, Regierungsrat Medizinalrat Dr. Springfeld (München), Professor Kruse (Worm), der Direktor des hygienischen Instituts der Universität München, Professor Dr. Emmrich, Vertreter der Fettstoffwechsel, Geh. Medizinalrat Holz (Machen) und außer den bisherigen Zeugen vierfache Maschinenwärter und Schieberknechte, die seit 1895 auf dem Werk beschäftigt waren, geladen.

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der 7. Division.

Verhandlungsleiter: Kriegsgerichtsrat Koch; Vertreter der Anklage: Kriegsgerichtsrat Ahne.

Magdeburg, den 5. November 1904.

Ein tüchtiger Unteroffizier.

Wegen vorschriftswidriger Behandlung von Unteroffizieren in drei Fällen und einer unehrenhaften Meldung, ist der Unteroffizier Otto Thyrot 4. Batt. 8. Feldart.-Reats. Nr. 40

aus Burg angeklagt. Zu gleicher Zeit wird gegen den aus der Untersuchungshaft vorgeschrittenen Kanonier Otto Einler von derselben Batterie wegen Gehorsamsverweigerung in zwei Fällen verhandelt. Als Verteidiger für den ersten Angeklagten fungiert Leutnant Kirch von demselben Regiment.

Die Ursache zur heutigen Verhandlung gab ein Brief, den der vor kurzem zu 7 Jahren Gefängnis wegen militärischen Ungehorsams verurteilte Einler aus dem Garnisongefängnis an seine Mutter gerichtet hatte. In diesem Brief, der vor der Abfindung auf seinen Inhalt geprüft wurde, teilte E. seiner Mutter mit, sie solle nicht schlecht von ihm denken, er sei nur durch die beim Militär herrschenden Verhältnisse in seine jetzige traurige Lage gedrängt worden. Des weiteren teilte E. noch mit, er sei von seinem Unteroffizier, dem heutigen Angeklagten Thyrot fortgesetzt schikantiert und dadurch öfter bestraft worden. Auf Grund dieser im Brief enthaltenen Schilderungen verurteilte das Kriegsgericht den Unteroffizier Thyrot und den Kanonier Einler in Anklagezustand.

Thyrot wird beschuldigt, die Mannschaften seiner Stube in einer Nacht, in der er in animierter Stimmung nach Hause gekommen aus den Betten zog; und zum Stubeheueren veranlaßt zu haben, ferner soll er das Koppel des Einler beim Vorzeigen absichtlich so eingeknickt haben, daß der Leutnant, sprang, und endlich zwei Gehorsamsverweigerungen des Einler nicht zur Meldung gebracht haben. Der Angeklagte E. gibt zu, die Leute einmal aus den Betten geholt zu haben, weil angeblich einige Schmelz in der Stube herumsanden. Wenn er das Koppel des Einler eingeknickt habe, dann sei es sicher nicht in Ordnung gewesen.

Einler wird beschuldigt, zwei Befehle des Angeklagten E. zum Stubeheueren resp. Schmelzheueren nicht befolgt zu haben. Bei der Vernehmung des E. der sein Unglück nur auf die fortgesetzten Schikantierungen des Thyrot zurückführt, geraten die Richter mehrfach in große Aufregung. E. schildert, daß ihn der Unteroffizier des öftern mit „Was“ tituliert habe. Auf der Stube 21 sei es ihm gewesen, daß jedesmal wenn Thyrot in der Nacht zum Montag nach Haus gekommen sei, die Mannschaften aus den Betten gejagt wurden, um die Stube zu scheuern. Einmal sei er, Einler, zum Brotempfang kommandiert gewesen und da habe ihn Thyrot beschuldigt, die Brote für die Mannschaften einzeln auf die Stube zu bringen. Der Wachmeister Neumann habe mal mit Bezug auf ihn, Einler, gesagt: „Der muß erst ein paar Monate auf Festung!“ Er sei fortgesetzt vorschriftswidrig behandelt worden. Den angezogenen Befehl zum Schmelzheueren habe er deshalb nicht ausgeführt, weil er ihn erst abends um 9 Uhr erhalten hätte. Daß Briefe vor der Abfindung aus dem Gefängnis gelesen würden, habe er nicht gewünscht.

Die vernommenen Zeugen, sämtlich Reservisten, legen sich bei ihren Aussagen, wie demartig ausfallende Zurückhaltung auf, daß der Verhandlungsleiter, der mehrfach auf den zu leistenden Eid aufmerksam machen muß. Eine der Zeugen spricht so leise und macht demartig widersprechende Aussagen, daß selbst der Gerichts-Schreiber dagegen protestiert. Sie bleiben alle dabei, „nichts zu wissen“ und „kann“ sich der einzelnen Vorgänge „nicht mehr erinnern“.

Während der als Zeuge vernommene Wachmeister Neumann ebenfalls vorgibt, sich an nichts mehr zu erinnern, behauptet der Angeklagte Einler positiv und mit größter Bestimmtheit, daß er dem Zeugen über die diversen Vorkommnisse auf Stube 21 ausführliche Mitteilungen gemacht habe. Der Wachmeister gibt schließlich zu, dem Unteroffizier Thyrot gesagt zu haben, er möge die Stube nicht etwa vor dem allgemeinen Wachen scheuern lassen. Thyrot selbst sei ihm, dem Zeugen, nur als ein tüchtiger Unteroffizier bekannt. (Alle vor dem Kriegsgericht stehenden Unteroffiziere sind tüchtig!)

Der Vertreter der Anklage beantragt gegen den Unteroffizier Thyrot Freisprechung (!), da gegen dessen Person „nichts bewiesen“ sei. Die Anklagen Einlers seien als nicht glaubwürdig zu bezeichnen. Einler, der zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt sei, habe sich gegen an seinen früheren Vorgesetzten zu rächen und habe auf diese Beschuldigungen über Beschuldigungen. Gegen Einler, der ein unbestimmter Mensch sei, beantrage er 3 Wochen strengen Arrest. Das Gericht erhöht diese Strafe noch und verurteilt den Angeklagten zu 4 Wochen strengem Arrest. Einler will gegen das Urteil Berufung einlegen.

Der Unteroffizier wird freigesprochen!!!

Gingefandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Ein Abend in der Volks-Sing-Akademie.

Die sonst so menschenleere Dreieckstraße bietet seit einigen Wochen an jedem Dienstag abend zwischen 8 und 9 Uhr ein seltsam belebtes Bild. In großen Scharen strömen Arbeiter und Arbeiterinnen, Verkäuferinnen und junge Studentinnen, junge Hausfrauen und ältere Männer mit ihren Ehefrauen der Lutherstraße zu. Die Volks-Sing-Akademie hat ihre Lebensstunde ab. Die gedruckte Aula im zweiten Stock, auf 64 Bänken 384 Sitzplätze bietend, reicht gerade aus, die Anzahl der Sangesreudigen zu fassen. Aber daß der Flügel und die Tische für die Kassierer noch Platz haben.

Vielleicht hundert und hundert zahlende Mitglieder sind der Chor. Und er ist erst vier Wochen alt! Es muß also doch wohl wahr sein, daß der Sinn für Musik und Gesang in den Kreisen des arbeitenden Volkes sehr ausgeprägt vorhanden ist. Aber die Volks-Sing-Akademie will ja mehr, als nur den Sinn zu wecken. Sie will die Mitglieder befähigen, nicht nur musikalische Musik zu genießen, sondern auch selbst auszusprechen. Und weit mehr noch: Sie will an ihrem Teile mit dazu beitragen, den im Kampfe um das Leben hart arbeitenden Mitgliedern den Lebensinhalt zu verschönern, damit sie um so fröhlicher ihre sonstigen Pflichten der Arbeiterschaft, den Mitmenschen gegenüber, zu erfüllen bereit sind.

Netzt beginnt das Neben. Schillers „Glocke“, als Chorwerk mit Solo und Orchester von Homberg komponiert, ist das nächste größere Ziel. Der Dirigent hat eine gewaltige Arbeit, die 180 weiblichen und 240 männlichen Sängern in die Gehörnisse der Töne einzuschreiben.

Aber jeder singt mit Lust. Wer die Wirkung des Gesanges nicht kennt, mag es selbst finden, wie wohl sich jeder Freund jeder der vierhundert bestrebt ist, sich als dienendes Glied dem Choren anzuschließen und den viererlei Stimmen Einheit und Harmonie zu verleihen.

Fast 150 der Sänger gehören nebenbei noch andern Gesangsvereinen an. Sie sind von jedem Beitrag befreit. Das Größere ist des Meinen Feind. Nicht etwa, daß sie ihrem bisherigen Sangesfreude untreu würden. Im Gegenteil: Hier wollen sie sich weiter ausbilden, um auch im kleineren Kreise Großes leisten zu können. Und auch der in der Arbeiterschaft so erfreulich stark ausgeprägte soziale Trieb führt sie in den größeren Chor. Mit Hunderten von Kameraden steigt der Bergmann froher in den Schicht als mit zehn. So auch der Sänger. Erst in der Menge verliert er den letzten Rest von Bescheidenheit und im Beizein mit vielen Gleichgesinnten zeigt er, was seiner Kehle Ton vermag. —

Die Gründung der Volks-Sing-Akademie hat hier und da zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Das kam daher, weil sie überreichend schnell groß ward und deshalb nicht des Appells an die weitere Öffentlichkeit bedurfte. Daher ist noch nicht allen bekannt, was die Volks-Sing-Akademie will. Aber sie will Rechenschaft ablegen. Am 29. d. M. tritt sie hinaus in die weitere Öffentlichkeit: Ihr erstes Konzert für alle, die nicht in der Lage sind, teure und trotzdem vielfach minderwertige Bourgeois-Konzerte zu hören. Es ist die stolze, streng darauf zu achten, daß die, die sich nur dann zum „Volk“ zählen, wenn sie von ihm profitieren können, keinen Zutritt erhalten. Ebensovientig wie die, die als Feinde des Volkes und seines Bildungsdranges gelten. . . .

fabriken vorn. Kochen und über die Eifengleiser Gustav Kunge. — Die Buchbinder zc. in Dresden haben den Streit siegreich beendet. — Die Gabelschleifer in Solingen kämpfen gegen Lohnabzüge der Firma Müller-Hilfer. — Die Mühlensarbeiter im Plauenischen Grunde haben dank guter Organisation die Lohnbewegung siegreich beendet. — Die Holzarbeiter in Berlin erklären die Situation für günstiger denn je. — In Eberfeld ist der Ausstand der Matragenarbeiter bei der Firma Schidler, Bohle u. Co. zugunsten der Arbeiter beendet; der Ausstand der Polsterer der Firma Bach u. Sohn, Pianoortefabrik in Warrnen, ebenfalls. — Die Fabrikarbeiter bei Brauer u. Reichwintler in Markgrafstadt streiken wegen eines Lohnabzugs von über 5 Mark. — Die Dachpappenarbeiter bei Malchow in Wänschen setzen den Streit fort.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 7. November 1904.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Eine nette Gesellschaft.

Wie sich bei den Gewerbegerichtswahlen die heterogensten Elemente im Kampf gegen die modernen Gewerkschaften zusammengefunden hatten, so vereinigt auch bei den Stadtverordnetenwahlen der Kampf gegen die Sozialdemokratie einen netten Wächermaj. Es haben sich nach unsern Notizen folgende Vereine an dem Bündnis gegen die Sozialdemokratie beteiligt:

- Städtischer Verein (konservativ-nationalliberal)
- Bürgerverein der Altstadt (freisinnig)
- Bürgerverein der Wilhelmstadt (freisinnig)
- Bürgerverein der Sudenburg (freisinnig)
- Bürgerverein der Alten Neustadt (freisinnig)
- Bezirksverein Kaiser Friedrich in Wilhelmstadt (frei.)
- Bezirksverein Kaiser Friedrich in Buckau (freisinnig)
- Wahlvereinigung für den Mittelstand (konservativ-reaktionär)
- Wirtschaftlicher Schutzverband (antifremdlich)
- Magdeburger Lehrerverein
- Magdeburger Hausbesitzerverein
- Hausbesitzerverein Nordost
- Handwerkermeisterverein Buckau
- Buckauer Hausbesitzerverein.

Anspruch auf Vollständigkeit erhebt diese Liste nicht. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß wir noch ein paar kleinere Vereine übersehen haben. Darauf kommt es aber nicht an. Wichtig ist nur die Tatsache, daß das Bürgertum alle trennenden Momente beiseite gestellt hat und als einheitliche, reaktionäre Masse gegen die Sozialdemokratie zu Felde zieht. Sogar die frühere alte Feindschaft zwischen den „Freisinnigen“ und den Antifemiten ist begraben worden. Die letzteren haben den Fleischermeister Koberst als ihren Kandidaten präsentiert und die Geringtun erhalten, daß er von allen am Bündnis beteiligten Vereinen akzeptiert wurde. Den Dank für dieses selbstlose Handeln empfing der Bürgerverein bereits in seiner ersten öffentlichen Sitzung, die zu den Stadtverordnetenwahlen Stellung nahm. Als dort nämlich dem Herrn Dr. Rosenthal, einem alten Herrn von 80 Jahren, der nicht mehr kandidiert, weil er nach Berlin verzogen ist, ein kurzer Nachruf gewidmet wurde, erhob sich ein Antifemite und brachte schnell ein paar schnodderige, antifemistische Redensarten an den Mann. Das mußte sich der Bürgerverein in seiner eignen Versammlung gefallen lassen und zwar einem Mann gegenüber, den stets eine aufrichtige liberale Bestimmung auszeichnete und der sich auch mancherlei Verdienste, besonders auf hygienischem Gebiet, erworben hat. Allerdings ist er auch nebenbei Mitglied des Vereins zur Abwehr des Antifemismus.

Die kleine Episode zeigt deutlicher wie langatmige Erörterungen, wie entwürdigend das Bündnis auf alle an ihm beteiligten Vereine wirkt. Es wird gewiß manchen, der früher noch nicht soweit war, veranlassen, der sozialdemokratischen Liste seine Stimme zu geben. Das ist ein Vorteil für uns. Der andre, größere Vorteil beruht aber darin, daß solches Zusammengehen der Gegner unsere Genossen schon immer zu der größten Skandalentfaltung veranlaßt hat. So muß es auch bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen sein. Wenn die Vermehrung der sozialdemokratischen Sitze im Rathaus dem Bürgertum so gefährlich dünkt, daß es darüber alle seine Streitereien und Klatschereien untereinander vergißt und als kompakte Masse in den Kampf gegen die Sozialdemokratie zieht, können die Arbeiter nur den Schluß ziehen, daß die bürgerlichen Elemente befürchten, jede Vermehrung der Arbeiter Sitze bedeute ein Vordringen jener kommunalen Sozialpolitik, die allen bürgerlichen Fraktionen so verhaßt ist, von den Arbeitern aber erstrebt wird.

In der nächsten Stadtverordnetenversammlung, die am Donnerstag nachmittag 4 Uhr stattfindet, wird es zu lebhaften Debatten kommen. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Anfrage der sozialdemokratischen Stadtverordneten betreffend die Löhne der städtischen Arbeiter, ferner die Resolution der Versammlung der städtischen Arbeiter betreffend deren Urlaub und die Löhne sowie eine Anfrage des Stadtv. Landsberg an den Magistrat:

Am 3. März d. J. hat die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, den Magistrat zu eruchen, die amtlichen Bekanntmachungen, welche sich auf die Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen beziehen, kostenlos in der „Volkstimme“ veröffentlichen zu lassen.

Was hat der Magistrat zur Durchführung dieses Beschlusses getan?

Außerdem wird Stadtv. Jacobi-Scherbening den Magistrat wegen des agrarischen Volkfleisches unterpellieren.

3000 Mark städtischer Zuschuß für das Wilhelmabad fordert der Magistrat von den Stadtverordneten. Begründet wird die Forderung, über die in der Stadtverordnetenversammlung am kommenden Donnerstag Stadtv. Brandes referieren wird, mit der geringen Benutzung des Bades im Winter und mit dem Hinweis, daß bei Nichtbewilligung der Summe das Bad den Winter hindurch geschlossen werden müsse. Voraussichtlich werden bei

dieser Gelegenheit auch die hohen Schwimmbadpreise zur Sprache kommen. Die „Volkstimme“ hat wiederholt darauf hingewiesen, daß reiche Leute das Bad nicht benutzen, da sie Wadegenlegenheit im Hause haben, die Arbeiter aber und die übrigen minderbemittelten Kreise nicht in der Lage sind, 35 Pf. für ein einfaches Schwimmbad zu zahlen.

14000 Mark für die Waisen. Der Vorstand des „Magdeburger Waisenvereins“ hat beschlossen, diese Wohlthätigkeits-Vereinigung aufzulösen. Das vorhandene Kapital von etwa 14000 Mark soll den Magdeburger Waisen zugute kommen; es wird, wie die „Magdeb. Stg.“ mitteilt, wahrscheinlich der städtischen Armen-direktion als besonderer Waisenfonds überwiesen werden.

Zur Erweiterung der Bücherlei Wilhelmstadt und zur Anstellung von zwei Bibliothekarinnen fordert der Magistrat von den Stadtverordneten einen Betrag von 9700 Mark.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält Mittwoch abend bei Vater seine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Genosse W. Haupt referieren wird.

Versammlung der Krankenkassen-Vorstände. Am Sonntag vormittag fand in der „Reichskrone“ eine Versammlung der Freien Vereinigung der Krankenkassen-Vorstände statt, in der eine nochmalige letzte Ansprache bezüglich der Wahl der Weisiger zu den untern Verwaltungsbehörden gehalten wurde. Da am Montag, 7. November, der letzte Termin für die Wahl ist, kam diese Versammlung allerdings etwas sehr spät zustande. Zunächst stellte sich nach einem kurzen Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Veims, der noch einmal die wunderbare Kompliziertheit des Wahlsystems sowie alle bei der Wahl in Betracht kommenden Faktoren schilderte, heraus, daß nicht nur nicht alle Krankenkassen-Vorstände die Wahl bereits vollzogen, sondern auch durch ihre Unkenntnis zur Zersplitterung der Stimmen für die von der Freien Vereinigung vorgeschlagenen Kandidaten beigetragen haben.

Merkwürdigerweise befand sich unter denjenigen Krankenkassen-Vorständen, die für eine separate Liste stimmten, auch der Ortskrankenkasse der hiesigen städtischen Arbeiter.

Wie wir hörten, hat dort der Kandidat Kühne, der Vorsitzender dieser Klasse ist, die Vorschläge gemacht. Das Vorgehen des Magistrats in diesem Falle wurde scharf kritisiert. Diese Kritik ist um so berechtigter, als die Magistratsvertreter die Forderung der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt den Bestrebungen der Krankenkassen gegenüber stets als verbesserungsbedürftig hingestellt haben. Die Aufstellung einer besonderen Liste für die Weisiger zur untern Verwaltungsbehörde war deshalb durchaus zweckmäßig und unnötig, weil diese Liste von keinem andern Krankenkassen-Vorstand unterstützt wird. Festgestellt wurde, daß verschiedene Vorstände von Betriebskrankenkassen dem Vorstand ihrer Klasse von dem Schreiben des Vorstandes der Freien Vereinigung, worin die Kandidatenliste enthalten war, einfach keine Mitteilung gemacht hatten. Allgemein wurde gewünscht, daß künftig bei dergleichen Anlässen eine bessere Organisation Platz greife.

Zum Schluß gab Herr Lees junior noch einen kurzen Bericht über den Stand der Angelegenheit betreffs Errichtung einer Waldberholungstätte. Von der Erwerbung eines Grundstücks in der Nähe von Wolmirstedt sei wegen der dort vorhandenen ungünstigen Bodenverhältnisse Abstand genommen. In sicherer Aussicht stände die Erwerbung eines Grundstücks in Wieser. Nebener wünscht, daß auch die Innungs-Krankenkassen-Vorstände sich mehr als bisher an diesem menschenfreundlichen Werk beteiligen möchten.

Wichtig für die städtischen Arbeiter. Am Sonntag den 13. November findet die Generalversammlung der Krankenkasse der beim Magdeburger Magistrat beschäftigten Arbeiter in der Martin-Luther-Schule statt.

Vorsicht mit den Schirmen. Dem Aufzug, die Schirme auf der Straße wagemüthig unter dem Arm zu tragen, soll jetzt seitens der Polizei energisch durch hohe Strafmandate gesteuert werden. Der Arbeiter Gustav Franke hier hatte auch ein solches in Höhe von 6 Mark erhalten, weil er eines Tages, auf dem Trottoir gehend, seinen Schirm die Spitze nach hinten unter dem Arm getragen hatte. Sein Einspruch gegen das Strafmandat hatte weiter keinen Erfolg, als daß er vom Schöffengericht zu der Strafe von 6 Mark noch die erheblichen Kosten hinzu bekam.

Für den Brandschaden auf den Perrenkrugwiesen, der am 5. August durch Zünden einer Lokomotive entstand, will die Eisenbahnverwaltung der Stadt 1200 Mark als Schadenersatz „gewähren“. Der Magistrat ist damit zufrieden und erucht die Stadtverordneten, es auch zu sein.

Eine Schiffskollision. Am Montag vormittag gegen 9 1/2 Uhr kollidierten auf der Elbe unterhalb der Strombrücke ein zu Thal gehender Schleppstern mit einem zu Berg gehenden Dampfer. Händeringend standen die Frau und Kinder des Kahnführers auf Deck und glaubten, ihr letztes Stündlein habe geschlagen. Glücklicherweise kamen beide Frauentöchter mit geringen Beschädigungen davon.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Motorwagen der Straßenbahn und einem Plancherwagen der Aktien-Brauerei ereignete sich am Montag vormittag gegen 8 Uhr am dem Breiten Wege vor dem Hause Nr. 273. Der Führer des Bierwagens slog beim Anprall vom Bord und zog sich hierbei nicht unerhebliche Hautabschürfungen zu. Auch der Vorderperron des Motorwagens erlitt starke Beschädigungen.

Im Wilhelmstädter Naturheilverein spricht Dienstag den 8. November im Wilhelmstädter Gesellschaftshaus, Schrotstraße, abends 8 Uhr, Herr F. Schmidt über „Erfüllungsstrafen und deren naturgemäße Behandlung“ (Katastrophe der Luftwege usw.). Eintritt frei. Gäste willkommen.

Die neue Ausstellung des Kunstvereins ist eröffnet. Sie umfaßt größere Gemäldesammlungen von Hans von Seider-Magdeburg R. Kofch-Berlin und G. Mahrenholz-Charlottenburg. Außerdem eine große Gruppe von farbigen Wandbildern für Schule und Haus, Lithographien hervorragender Meister, die sich wegen ihrer künstlerischen Schönheit und wegen ihres billigen Preises ganz besonders gut für den Wandbesitz des Bürgerhauses und für die kahlen Wände der Schulstuben eignen. Schließlich sei noch erwähnt, daß R. von Seider-Eberfeld einige interessante keramische Arbeiten eingeleitet hat.

Der „Kuge Hans“ im Zirkus Blumenfeld. Das hat sich Herr v. d. Osten mit seinem Wunderpferde in Berlin gewiß nicht träumen lassen, daß er in so kurzer Zeit soviel Konkurrenz in sogenannten „Augen Häsen“ erhalten würde. Neben dem, der sich jetzt allabendlich im genannten Zirkus produziert und dort erstaunliche Proben seines Könnens ablegt, erhält Magdeburg noch eine zweite Auflage eines dergleichen Wunderpferdes in Gestalt eines „schlauen Hans“, der ab Montag im „Walhall-Theater“ gastiert. Der Kuge Hans im Zirkus hatte am Sonntag abend ein zahlreiches Publikum angelockt, das mit Spannung den Augenblick erwartete, wo das Wunderpferde die Manege betreten würde. Endlich kam der ersehnte Augenblick „Hans“, ein allerliebster Schimmel mit einer schön gepflegten Mähne stellt sich rechts neben seinem Dressier vulgo Schulmeister. Auf Befragen des Vorführenden wird Hans durch Mähen mit dem Kopfe die Begabung, durch Kopfschütteln die Verneinung einzelner Fragen ausdrücken. Vorkommende Zahlen bei Lösung von Exempeln will er durch Scharen mit dem Fuße zu erkennen geben. Herr Direktor Wolff erucht nun um Aufgabe eines Exempels. Ein Herr ruft: „Dreimal sieben!“ „Hans, hast du gehört?“ ruft Herr W. „Hans nicht.“

„Wieviel Nehmen und wieviel Einer sind das?“ Hans Martz erst dreimal, dann nach einer Pause einmal. Hans weiß, wieviel Monate das Jahr, wieviel Sonntage der Monat, wieviel Tage die Woche hat. Hans kann aber noch mehr. Er gibt sogar die Augen an, die jemand im Publikum und hinter seinem Rücken gewirfelt hat und dergl. mehr. Immerhin legt die Vorführung dieses „Augen Hans“ von einer erstaunlichen Dressur Zeugnis ab. Auch die übrigen Programm-Nummern wurden mit gewohnter Präzision durchgeführt. Am Sonntag fanden beide Vorstellungen vor ausverkauften Häusern statt.

Kleine Chronik.

Stadtschulrat a. D. Bertram-Berlin

ist gestorben. 27 Jahre hindurch ist Bertram, ein geborner Magdeburger, als Leiter des städtischen Volksschulwesens in Berlin gewesen, dem er in den ersten Jahren seiner Wirksamkeit große Dienste geleistet hat. Das Berliner Volksschulwesen erfährt dagegen noch unter seinen Aufsicht eine Stagnation. Die städtischen Behörden ernannten Bertram beim Ausscheiden aus dem Amte im Jahre 1900 zum Ehrenbürger. In weiteren Kreisen ist der Verstorbene bekannt geworden durch die vielbesprochenen Gratulationsadressen des Magistrats, deren schwallöftiger, byzantinischer Ton die Kritik mehr als einmal herausgefordert hat.

Der verdroschene Dreschgraf.

Graf Büdler hatte Sonnabend in Berlin im Vestibül des Hotel de Rome, in dem er wohnte, eine Schlägerei mit einem auswärtigen jüdischen Zuvvelenhändler. Der Angreifer war der Zuvvelenhändler, der mit dem Schirm mehrere Male auf den Grafen einschlug. Das Hotelpersonal brachte die Streitenden auseinander. Der Angreifer gab an, ihn habe, als er erfahren hätte, daß der Herr, der soeben mit ihm im Speisesaal geweltet hätte, Graf Büdler gewesen sei, die Wut derart übermannt, daß er sich nicht anders helfen könne, als den Mann zu züchtigen, der immer und immer wieder das Volk zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden aufreize. Graf Büdler, der bei dem Rencontre eine blutunterlaufene Schamare an der Stirn erhalten hatte, benutzte reklamehaft den Vorfall, um am Abend in einer Versammlung in der „Lohnhalle“ das gegen ihn unternommene „Attentat eines Juden“ in den graufligsten Farben zu schildern. Er knüpfte daran wieder Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden und ließ sich zu seiner „glücklichen Errettung aus Todesgefahr“ einen Vorberkranz überreichen.

Brennende Ministerium.

Das Ministerium des Innern im Palais de la Nation, das die Räume der Kammern und alle Ministerien Brüssels enthält, stand Sonnabend in Flammen. Der Brand griff nach kurzer Zeit auch auf die benachbarten Ministerien des Außern und des Krieges über. Vermutlich ist der Brand durch Hinablassen eines noch brennenden Ofens mittels eines Aufzuges entstanden. Glühende Kohlen fielen heraus und entzündeten das Dach. Militär bildet Korbon und sucht die Dokumente aus den bedrohten Archiven zu retten. Es brennen die Register der Bürgergarde. Ein späteres Telegramm meldet: Es gelang den dreiflüchtigen Anstrengungen sämtlicher Brüsseler Wehren, der Gendarmarie und des 9. Linienregiments, den Brand zu lokalisieren und die Archive zu retten.

Kleine Tageschronik. Sonnabend abend wurde aus der Unterelbe bei Löh ein Frachtwagen von einem englischen Dampfer überannt. Der Ewer kenterte; der Schiffer ertrank, einem Mann der Besatzung wurde der Arm gequetscht, er konnte sich aber mit dem zweiten Mann der Besatzung retten. — Der Nachtzug Warnow-Blankenburg überjagt und tötete auf der Warnowbrücke den Schmittler Eisdorf.

Reizte Nachrichten.

Die italienischen Wahlen.

Gd. Rom, 7. November. Die Wahlen sind liberal, soweit bisher bekannt, ziemlich ruhig verlaufen. Soweit sich übersehen läßt, wird das Kabinett siegreich aus den Wahlen hervorgehen. Zahlreiche Stichwahlen haben stattgefunden. Von den bis jetzt bekannten 198 Resultaten entfallen 130 auf die Ministeriellen, 13 auf die konstitutionelle Opposition, 8 auf die Radikalen, 11 auf die Sozialisten, 7 auf die Republikaner; ferner haben 24 Stichwahlen stattgefunden. Unter den Gemäßigten befinden sich die früheren Minister Giolitti, Zanoni und Deland, auch der Sozialistenführer Costa und Turati (Reformist) sind wiedergewählt.

Gd. Mailand, 7. November. Die Gemäßigten, die 1900 in allen sechs Wahlkreisen bei der ersten Wahl unterlagen, eroberten zwei Wahlfreie sofort und kommen nun in drei zur Stichwahl. Von der Volkspartei ist nur Turati jetzt gewählt. Sehr schlecht schnitten die Republikaner und Sozialisten ab, worin deutlich eine Verdrängung des jüngsten Generations durch die Bürger-schaft ausgedrückt wird. (Das ist die Meinung der „Frankf. Stg.“, Red.)

Gd. Berlin, 7. November. General v. Trotha meldet aus Windhal unterm 5. November: 50 Mann der 3. Ersatzkompanie sind nach Wehman unterwegs. Rest der 3. Ersatzkompanie und eine Eisenbahnkompanie fahren am 7. November von Svatopmund nach Liederbüsch zur Verstärkung der Stappenstraße und des Bahntarce.

Gd. Lötzen, 7. November. Gleichzeitig mit der Brüsseler Kundgebung der liberalen Jugend Belgiens fand gestern hier die Enthüllung des Denkmals für die in den Arbeiterfreikampf von 1902 erschossenen Arbeiter statt, bei welcher verschiedene Parteiführer u. a. auch Wandervogel-Mitglieder hielten.

Gd. Paris, 7. November. Bei den gestrigen drei Ersatzwahlen in Lyon, Darrion und Coutat wurde in Lyon der ministerielle Kandidat, in den beiden andern Bezirken oppositionelle, und zwar zwei konservative gewählt.

Gd. Mailand, 7. November. Gestern wiederholten sich kleinere Demonstrationen gegen Viceroy unter Teilnahme wenig empörter Elemente. Einige Bierhäuser mußten schließen. Das österreichische Konsulat war polizeilich abgesperrt. Am Demoplag wurden zwei deutsche Touristen durch Demonstranten zu Boden geschlagen und beraubt. Alles schrie: „Nieder mit dem Deutschen!“

Oeffentliche Kommunalwähler - Versammlungen

Donnerstag den 10. d. M., abends 8 Uhr

im „Weissen Hirsch“, Friedrichsplatz 2
in der „Krone“, Moldenstr. 44
in der „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstr.

Tages-Ordnung:

Das Sündenregister unserer Gegner.

Referenten:

Die Genossen Brandes, Landsberg und Nitsch.

Es ist nun die unbedingte Pflicht eines jeden Genossen, für einen guten Besuch der Versammlung zu sorgen
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Ferdinand Götze
Peterstraße 17.
Möbel offeriere
Spottbillig.
Gutbeleg. Einrichtungen, sowie
Büfets, Schreibische, Bücher-
schänke, Trumeaus m. Gassette
34 Mt., Garnituren, Sofas
38 Mt., Tische, Bettstellen,
Teppiche 6 Mt., Tischdecken
4.50 Mt. zu Infant. Beding.
Große Auswahl!

Schuhwaren!
Billig! Billig!
Herren- u. Damenstiefel, Stiefel-
letten, Turn-, Stramp- u. Kinder-
schuhe, Pantoffeln, auch aus
Korkstoff, auch aus
Nur Neustadt, Schmid-
str. 44.

Leihhaus
gegr. 1881
Apfelstr. 16, I
Adolph Michaelis.
Höchste Belohnung
jeder Wertsache.

Neuheit!
Fraktions-Bilder.
à 10 Pfg.
Buchhandlg. Volksstimme
Jakobstrasse 49.

Sudenburg.
Wer wirklich reell, gut und
billig kaufen will, laufe nur bei
Wilhelm Stahnke
Futfabrik 1233
Seidenhüte, Klapphüte
(eign. Fabrik). Nur Neuheiten!
Plüschhüte, Filzhüte.
Spezialität:
Mützen in jedem Genre.
Schirme, Stöcke, Brautkränze
Pelzwaren-Konfektion.
Nur erste Fabrikate.
Reparaturen prompt und billig.
Nur Halber-
39a städterstr. 39a

Gänse 1257
Gänsefleisch
Gänseklein
Gänseflomen
Gänsepöckelfleisch.
Sehr zu empfehlen
Breslauer Wurst
zum Warmessen
Pfd. 60 Pf.
Lungenwurst
à Stk. 5 Pf.
Wochenmarktsstand
gegenüber der Fisch-
handlung Weise.
Moritz Weinberg
la. Benfnerstrasse 1a.

Rüchzettel
der Magdeburger Volkstische
Gr. Marktstr. 21.
Dienstag: Weiße Wolln in Gam-
melfisch.
Mittwoch: Äpfel mit Kartoffeln
und Schweinefleisch.

Burg. Burg.
Schlachte wieder
und empfehle sämtliche Fleisch-
und Wurstwaren 1286
D. Schirerling, Schulstraße 43.

Ferdinand Götze
Peterstraße 17.
Wie richte ich meine
Wohnung ein?
Auf Wunsch beratende gratis
und franko.
Ferdinand Götze
Peterstraße 17.

**Vortrags- und Aufführungs-
sachen für
Herren-Abende**
Von Hermann Schindrod.
Nr. 1.
Buchhandl. Volksstimme

Mittwoch den 9. November
**Großes
Preis-Skatspiel**
Hierzu ladet ergeht ein 1294
August Marosky
Schmidstraße 10a.

Montag wird bei mir
geschlachtet
Ich empfehle zum Abend Gebra-
tes und Dienstag alle Sorten
feische Wurst.
A. Märtens
Kuefistrenstr. 25.
1292

Burg. Bildhauerlehrling
verlangt Breitenweg 7.

Lagerhalter.
Wir suchen zum 1. Dezember d. J.
einen tüchtigen Lagerhalter mit
der erforderlichen Kaution.
Meldungen sind bis 10. d. M.
zu richten an

Konsumverein „Blene“
für Schönebeck a. S. u. Umg.
E. G. m. b. H.
1293
Der Vorstand.

Zwicker sofort gef. **M. Lange,**
Schuhfabrik, Hohepfortestraße 27.
Sg. Schneiderin J. in u. auß. d. S.
Kdich. Salzig, Blumenstraße 5, 11.
Freundl. Logis m. Kasse 3 Mt.
Pappel-Allee 20, v. S. Knoche.

Walhalla.
Große
Spezialitäten-Vorstellung
Gastspiel:
Der schlaue Hans
Das lebende, schreibende
und rechnende Pferd.

Stadt-Theater.
Sonntag den 8. November 1904.
Mam'zelle Ritouche.
Operette in 3 Aufzügen von Hervé.

Gr. Zirkus
E. Blumenfeld Ww.
Magdeburg.
Sente Montag, 7. Novbr.,
abends 8 Uhr
**Grosse Sport-
Vorstellung**
mit ganz vorzüglic. Programm.
u. a.: 1296
Kurzes Gastspiel!
Die größte Attraktion der
Gegenwart!
Das Original-Gedächtnis Pferd
Der kluge Hans

des Direktors H. Wolf.
Einzig dastehend!
Unübertrefflich!
Weltwunder!
Stauenerregend!
Original!
Weltwunder!
Hans macht jedes Rechen-
Exempel.
Hans zeigt alle Augen eines
geworbenen Würfels an.
Hans zeigt jede gezogene
Karte an, ohne daß er
und der Compteur dieselbe
gesehen haben.
Hans zeigt den Wurf, der
gewürfelt wird, im
voraus an.
Hans ist ausgezeichnet. Me-
motechniker.
Hans übertrifft alles in
diesem Genre bisher
Dagewesene u. steht
konkurrenzlos da.
Hans geht von Magdeburg
direkt nach Paris.
Außerdem noch 14 erstklassige
Flecken.
Hochachtungsvoll
Gebr. Blumenfeld, Direct.

Gr. Zirkus
E. Blumenfeld Ww.
Magdeburg.
Sente Montag, 7. Novbr.,
abends 8 Uhr
**Grosse Sport-
Vorstellung**
mit ganz vorzüglic. Programm.
u. a.: 1296
Kurzes Gastspiel!
Die größte Attraktion der
Gegenwart!
Das Original-Gedächtnis Pferd
Der kluge Hans

Wer bei Kaphengst kauft, spart Geld
Bitte
um Beachtung meiner 6 Schaufenster
Halberstädterstrasse 56
Halberstädterstrasse 106a und 107
Otto Kaphengst, Sudenburg Bettfedern-
Versandhaus
Magdeburg - Sudenburg. 1232

Genossen, Arbeiter u. Arbeiterinnen!
Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die
Inserate in heutiger Nummer! . . .

Kartoffeln!!
Große magnum bonum, wie sie der Acker liefert,
gesund, verkauft zum Füttern
A. Fricke
Bahnhofstraße 31, Telephon 3050.
521

PALMIN
feinste Pflanzenbutter
unübertroffen zum
kochen, braten u. backen
50% Ersparnis
gegen Butter!

50 Hohepfortestraße 50
Butterhandlung zur Sennerin
Feinste Molkereibutter Pfd. 1.20
Hochf. Wurstschmalz ½ Pfd. 25 Pf.
das Allerfeinste
Herv-Margarine ½ Pfd. nur 38 Pf.
5 Prozent Rabattsparmaken 5
50 Hohepfortestraße 50
1295

D. Thompson's
Seifenpulver
Marke Schwan
ist
sparsamen Hausfrauen
unentbehrlich.

Geschäfts-Verlegung.
Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich meine
**Dampffärberei, Delatier-, Appretur- und
chem. Wasch-Anstalt** sowie **Plisseebrennerei**
von **Martinstrasse No. 23** nach
Schönebeckerstraße Nr. 50
verlegt habe.
L. Bansleben
1261
Hauptgeschäft: **Buckau, Schönebeckerstraße 50**
Filiale: **Wilhelmstadt, Goethestraße 19.**

Geschäftsübernahme!
Dem geehrten Publikum von Magdeburg und Umgebung-
sowie meinen werthen Freunden und Bekannten die er-
gebene Mitteilung, daß ich das
1201
Restaurant zum Jägerheim
Lutherstraße 24
übernommen habe. Ich werde mir die größte Mühe
geben, meine werthen Gäste in jeder Hinsicht zufrieden zu
stellen und bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen
zu wollen. Hochachtungsvoll
Albert Buchlow.

Kolossal grosse Auswahl von Neuheiten
in Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidern, Paletots,
Joppen usw. sowie sämtliche Arbeits-Garderoben für
Herbst und Winter
sind eingetroffen, und empfehle solche, wie ja überall hier und weithin
bekannt ist, in nur guten, dauerhaften Qualitäten
zu staunenerregend billigen Preisen. 739
Max Bendix, Quedlinburg
Markt 14, Ecke Hohestrasse.
Spezialgeschäft für Herren-, Knaben- u. Arbeits-Garderoben,
Anerkannt beste und billigste Bezugsquelle am Plage.

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.
Große Münzstraße 1a. (Telephon-Nr. 2841.)
Kostenlose Auskunft nur an Wochentagen mittags von 12-1,
abends von 5-7 Uhr
an organisierte Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten, Alters-
Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung, Gewerbeaufsicht, Vereins-
und Verammlungsrecht sowie Arbeiterkämpf. Vermittlung von Be-
schwerden an den Gewerbe-Inspektor. — Verbandsbuch legitimiert.

Zentralverband der Maurer.
Zweigverein Magdeburg und Umgegend.
Dienstag den 8. November, abends 5 ½ Uhr
im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Abrechnung und Bericht vom 2. und 3. Quartal.
2. Ist die Beschwerde der Stukateure den Maurern gegenüber be-
rechtigt?
3. Die Lohnverhältnisse der Maurer in den Fabriken. 1290
4. Verschiedenes.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Die Verwaltung.

Halberstadt.
Ortskrankenkasse der Maurer.
Donnerstag den 17. November, abends 8 Uhr
im Gasthof zum goldenen Anker, Kornstr. 6
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Wahl des Kassenzweites und Beschluß über den mit demselben ab-
zuschließenden schriftlichen Vertrag.
2. Erjaywahlen für die Ende d. J. ausscheidenden Vorstandsmitglieder.
3. Erjaywahl eines Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission.
4. Wahl eines Krankentrotteurs.
5. Veröffentlichung der Bekanntmachungen in der „Volksstimme“. 1?
6. Verschiedenes.
Halberstadt, 4. November 1904.
Der Vorstand.

Burg. Burg.
Dienstag den 8. November, abends 8 Uhr
im „Grand Salon“
Rezitations-Vortrag
von **Emil Walkotte**, Schauspieler.
Zum Vortrag gelangt „Das verlorene Paradies“ (Schauspiel).
Eintrittspreis 20 Pfennig. 1?
Einlaßkarten sind in den bekannten Verkaufsstellen, bei den Kartell-
delegierten und im „Grand Salon“ zu haben.
Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.